

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 17. Dezember 1930

Nummer 101

## Von den Lohnverhandlungen

Die der Tariffkommission am 15. Dezember unterbreiteten Anträge beider Tarifparteien lauten:

### 1. Antrag der Prinzipale

Der Spitzenlohn wird auf 50 M. festgesetzt.

Die sich aus dieser Festsetzung des Spitzenlohnes für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Differenzbeträge kommen auch dann in Abzug, wenn ein über dem Tariflohn liegender Gesamtlohn vereinbart ist.

### 2. Antrag der Gehilfen und Hilfsarbeiter

Die Lohnvereinbarung vom 14. März 1929 wird verlängert.

Die wöchentliche Arbeitszeit ist zum Zwecke der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen und Hilfsarbeiter vorübergehend auf 40 Stunden, die auf fünf Tage zu verteilen sind, zu verkürzen.

Der sich daraus ergebende Lohnausfall ist unter besonderer Berücksichtigung der Minderentlohnungen von Unternehmern und Arbeitern zu tragen.

Der § 3, Ziffer 1, des Manteltarifs soll durch die vorübergehende Verminderung der Arbeitszeit nicht berührt werden.

In der sofort aufgenommenen Aussprache über diese Anträge wurde prinzipiellseitig unter Berufung auf die Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe und deren Veränderung in den letzten Jahren, auf Preisentfungen in letzter Zeit und der gewerkschaftlichen Lage im besonderen, die Notwendigkeit der beantragten Herabsetzung der Löhne zu begründen versucht. Von Gehilfen- und Hilfsarbeiterseite wurde hierauf eine eindringliche Begründung der Notwendigkeit einer Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess als der wichtigsten Gegenwartsfrage gegeben. In der folgenden Debatte wurde prinzipiellseitig dagegen eine ablehnende Haltung eingenommen, weshalb auch die weiteren Verhandlungen der Tariffkommission keine Möglichkeiten einer freien Vereinbarung ergaben und sich die Hinzuziehung des Zentralschlichtungsamtes für den nächsten Tag als unvermeidlich erwies.

## Lohn- und Preissteigerungen im Buchdruckgewerbe

Unter der Überschrift „Der notwendige Lohnabbau im Buchdruckgewerbe“ veröffentlichte die „Zeitschrift“ in Nr. 99 vom 12. Dezember einen für die gegenwärtigen Lohnverhandlungen berechneten Artikel, in dem neben allgemein bekannten privatkapitalistischen Ansichten über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und jene des Buchdruckgewerbes im besonderen ein Nachweis der Lohn- und Preissteigerungen im deutschen Buchdruckgewerbe versucht wird, der als eine Freilegung der Öffentlichkeit durch das offizielle Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins bezeichnet werden muß. Denn es wird dabei von einer Basis ausgegangen, die den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Es wird nämlich der Lohn- und Preisstand am 1. Januar 1924 in eine Parallele gleich 0 gestellt, obwohl die damaligen Ausgangspunkte in Lohn und Preis im Vergleich zur Vorkriegszeit wie 78,5 zu 100 gegenüber der Vorkriegszeit zu je 100 standen. Der tarifliche Spitzenlohn mit 27 M. war am 1. Januar 1924 um über 21 Proz. niedriger als im Jahre 1912 mit 34,35 M., während gleichzeitig der Preistarif um 60 Proz. höher war als im Jahre 1912; das relative Verhältnis zwischen beiden Vergleichsstufen stand also am 1. Januar 1924 wie 100 (Lohn) zu 200 (Preistarif) gegenüber der Vorkriegszeit zu je 100. Und eine solche ungleiche Basis stellt die „Zeitschrift“ wie 0 zu 0. Über damit scheint der Gipfel dieser „Rechenkunft“

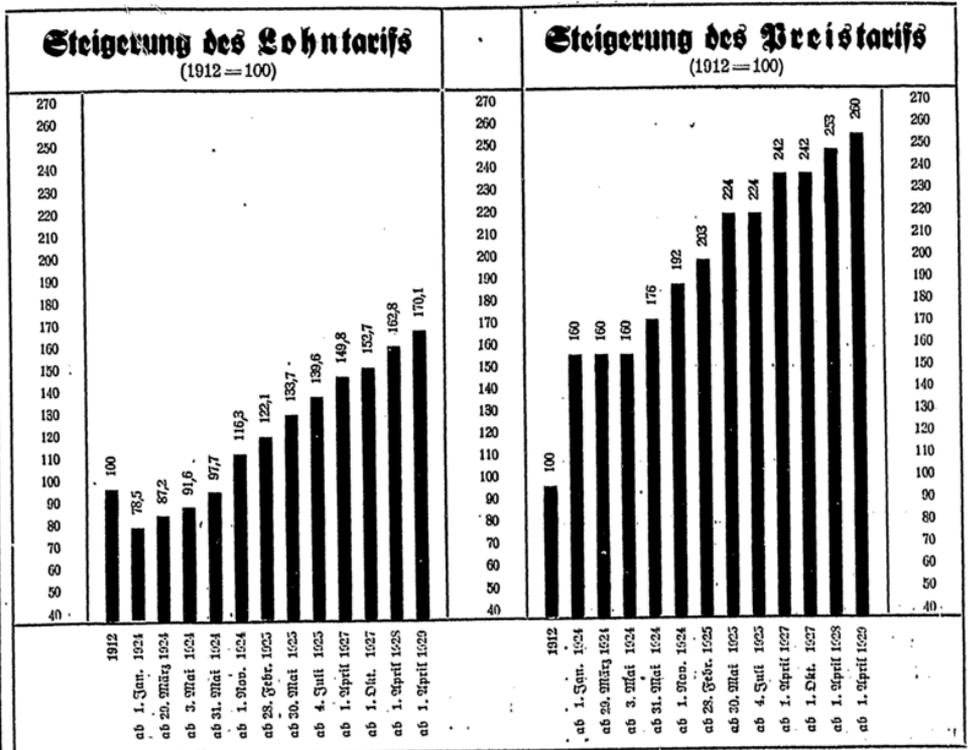
immer noch nicht groß genug zu sein. Denn sie baut diesen babylonischen Erzhäufel für die Folgezeit nicht nur tabellarisch noch höher, sondern liefert sich auch noch den Abdruck einer Kurventafel, die diese falsche Rechnung noch besser illustrieren soll. Da die Herren damit zweifellos die Schlichter oder andere maßgebende Instanzen „aufklären“ wollen, fühlen wir uns verpflichtet, diese verschrobene Sache auf den Boden ihres allein richtigen Ausgangspunktes von 1912 zu stellen; was jederzeit als einwandfrei von jedem Unparteiischen festgestellt werden kann. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen demnach folgendermaßen:

### Lohn- und Preissteigerungen im Buchdruckgewerbe im Vergleich zur Vorkriegszeit (1912 = 100)

Tariflicher Spitzenlohn		Verhältnis zur Vorkriegszeit	Stand des Preistarifs im Vergleich zur Vorkriegszeit*
ab	Mark		
<b>1912</b>			
1. Januar 1924	27,00	78,5	160
29. März 1924	30,00	87,2	—
3. Mai 1924	31,50	91,6	—
31. Mai 1924	33,00	97,7	176
1. November 1924	40,00	116,3	192
28. Februar 1925	42,00	122,1	203
30. Mai 1925	46,00	133,7	224
4. Juli 1925	48,00	139,6	—
1. April 1927	51,50	149,8	242
1. Oktober 1927	52,50	152,7	—
1. April 1928	56,00	162,8	253
1. April 1929	58,50	170,1	266

\* Errechnet nach den dem jeweiligen Druckpreistarif zugrunde liegenden Satz- und Druckarbeiten und deren Einzelpositionen sowie den von der „Zeitschrift“ registrierten prozentualen Erhöhungen im Vergleich zu den Preistarifpositionen von 1912.

Noch deutlicher treten die in Frage kommenden Verhältnisse zwischen Lohn- und Preissteigerung im deutschen Buchdruckgewerbe im Vergleich zur Vorkriegszeit durch folgende graphische Darstellungen hervor:



Klar und deutlich ergibt ein Vergleich der beiden letzten Spalten vorstehender Tabelle, daß der Preistarif nach der Stabilisierung keineswegs von Inflationsstendenzen freigehalten wurde, sondern mit insgesamt 60 Proz. über der Vorkriegszeit ausstattet blieb und dabei gleichzeitig den tariflichen Spitzenlohn in seinem Verhältnis zur Vorkriegszeit um über 100 Proz. (genau gerechnet 103 Proz.) überflügelt hat. Trotz der zum größten Teil durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten bedingten Erhöhung des tariflichen Spitzenlohns von 100 der Vorkriegszeit auf 170,1 ab 1. April 1929 weist der Preistarif auch heute noch eine um über 50 Proz. höhere Steigerung auf. Dennoch erlaubt sich die „Zeitschrift“, vor der Öffentlichkeit diese Steigerung in ihr Gegenteil umzukehren. Das ist nur dadurch möglich, daß sie von einer Vergleichsbasis ausgeht, auf der der tarifliche Spitzenlohn noch um über 21 Proz. unter dem Vorkriegslohn, der Preistarif aber gleichzeitig um 60 Proz. über dem Preistarif der Vorkriegszeit stand. Die auch von uns nicht bestrittene Tatsache, daß der heutige Preistarif in den meisten Fällen nur auf dem Papier steht, kann diese abfällige falsche Darstellung der „Zeitschrift“ über die Preis- und Lohnsteigerungen im Buchdruckgewerbe keineswegs entschuldigen. Denn in der Vorkriegszeit war die Nichtbeachtung des damaligen Preistarifs gleichfalls „gewerbeüblich“. Mehr wollen wir vorläufig über diese Angelegenheit an dieser Stelle nicht sagen. Aber das eine möchten wir doch nicht unausgesprochen lassen, daß, wenn es die Prinzipalität gälte, eine öffentliche Aufrollung ihrer nur gegen gewisse Druckauftraggeber gerichteten Preispolitik zu riskieren, wir es an dem erforderlichen „Sinecunctis“ nicht fehlen lassen werden. Denn wenn schon die Prinzipale glauben, aus taktischen Gründen das Verhältnis zwischen Lohn- und Preistarif so willkürlich umbiegen zu dürfen, so brauchen auch für uns auf diesem Gebiete gewerbepolitische Rücksichten keine besondere Bedeutung mehr zu haben!

Stabile Rentabilität im Buchdruckgewerbe

Wie in den vergangenen Jahren, haben wir uns auch jetzt wieder der Mühe unterzogen, einen Blick in die uns vorliegenden, über das materielle Ergebnis des letzten Geschäftsjahres informierenden Geschäftsberichte zu werfen, um durch Prüfung und Vergleichung der einzelnen Bilanzposten ein Bild von der Rentabilitätslage zu bekommen.

Unsere Untersuchungen erstreckten sich wieder auf 49 namentlich aufgeführte Aktiengesellschaften des Buchdruckgewerbes. In der nebenstehenden Tabelle ist in der Weise eine vergleichende Übersicht gegeben, daß die wichtigsten Bilanzposten wiedergegeben und in eine entsprechende Relation gebracht sind. Ein durchaus klares und abgerundetes Bild von der Lage der einzelnen Unternehmungen und deren Rentabilität kann damit leider nicht geboten werden, denn die Bilanzen sind — wir müssen das mehr denn je betonen — zum Teil so verwickelt und vieldeutig, daß ein richtiges Gewichte oft aus dem Rastelraten nicht herauskommt. Immerhin ist so viel zu ersehen, daß eine gewisse

Stabilität vorherrscht, und wir können nach eingehendem Studium der einzelnen Bilanzen beim besten Willen nicht zugeben, daß, wie dies von der „Zeitschrift“ behauptet wird, die Rentabilität im Durchschnitt gesunken ist, sondern müssen auf Grund unserer eignen statistischen Untersuchungen und Berechnungen im Gegenteil feststellen, daß in allgemeiner Betrachtung die Rentabilität mindestens in gleicher Höhe wie im vergangenen Geschäftsjahr nachgewiesen werden kann. Wenn von Fall zu Fall eine verringerte Dividendenausschüttung zu beobachten ist, so erfolgt diese in der Regel auf Kosten höherer Abschreibungen und einer verstärkten Reservebildung, wie aus der untenstehenden Tabelle leicht zu ersehen ist.

Die durch unsere Statistik erfaßten Aktiengesellschaften verfügen über ein Nominalkapital von insgesamt 49 331 300 Mark (im Vorjahr 60 493 300 M.). Die bisher in unserer Zusammenstellung erscheinende Ulstein & Co., mit einem Aktienkapital von 12 Mill. M., welcher statistisch herangezogen, war nicht möglich, weil es der Firma bis

heute — elf Monate nach Schluß des Geschäftsjahres! — nicht möglich war, über das Geschäftsergebnis des Jahres 1929 zu berichten. Wir erwähnen dies, weil einschließend des Kapitals der Ulstein & Co. das Gesamtkapital der erfaßten Gesellschaften wieder wie bisher etwa 70 Proz. des gesamten im Vertriebsfähigkeitsgewerbe arbeitenden Aktienkapitals betragen würde. In der Tabelle sind aufgeführt das Aktienkapital, die Reserven, die Abschreibungen, der Reingewinn und die Dividende der einzelnen Unternehmungen; in eine besondere Relation zum Aktienkapital wurden die Reserven und die Abschreibungen der in Frage kommenden Gesellschaften gebracht. Es fällt nicht schwer, sich ein Urteil über die Lage der einzelnen Unternehmungen zu bilden, wozu allerdings gleich bemerkt werden muß, daß sich die Rentabilität im allgemeinen weit besser entwickelt hat, als dies aus der Tabelle auf den ersten Blick ersichtlich ist. Wie bereits bemerkt, können sich die bilanzkritischen Untersuchungen leider nur auf Aktiengesellschaften erstrecken, also auf Unternehmungen, die gesetzlich verpflichtet sind, öffentlich Rechnung zu legen. Die vielen nicht in Aktienform betriebenen und vielfach sehr gut rentierenden Unternehmungen können zur Beurteilung der Rentabilität statistisch nicht herangezogen werden. Die Dividendenhöhe der in der Tabelle aufgeführten Unternehmungen sind zum Teil ganz enorm; im Falle der Dividendenlosigkeit ergibt eine genaue Betrachtung, daß, wie ebenfalls bereits erwähnt, diese gewöhnlich nicht auf eine verminderte Rentabilität, sondern auf höhere Abschreibungen, starke Reservebildungen oder auf erfolgte Investitionen zurückzuführen ist. Die Durchschnittsdividende sämtlicher Unternehmungen beträgt 5,3 Proz. und entspricht ungefährr der gleichen Rentabilität zum Vorjahr, auf die in der Tabelle aufgeführten Aktiengesellschaften bezogen.

Die von uns für das Jahr 1928 errechnete Durchschnittsdividende belief sich bekanntlich auf 6,3 Proz., doch treten in der vorjährigen Statistik eine Anzahl Aktiengesellschaften in Erscheinung, die in diesem Jahr nicht herangezogen werden konnten, weil entweder die Geschäftsberichte nicht vorlagen — wie beispielsweise bei Ulstein — oder weil es uns nicht möglich war, die betreffenden Berichte zu bekommen. Bemerkenswert ist, daß es sich zum Teil um große Kapitalgesellschaften handelt, die bei Errechnung der Durchschnittsdividende und bei Feststellung des Verhältnisses der Reserven und Abschreibungen zum Aktienkapital erheblich ins Gewicht fallen. Diese Veränderung muß selbstverständlich bei dem Ergebnis unserer statistischen Untersuchungen berücksichtigt werden, und zwar nicht nur hinsichtlich der errechneten Durchschnittsdividende, sondern auch bezüglich der Relation Aktienkapital-Reserven und Aktienkapital-Abschreibungen, aus der sich in der Gesamtbetrachtung ergibt, daß im Jahr 1929 gegenüber dem Vorjahr die Reserven um 2,6 und die Abschreibungen um 0,7 Proz. des Aktienkapitals gestiegen sind. Daß die Durchschnittsdividende von 5,3 Proz. nicht als Gradmesser für die tatsächliche Rentabilität angesehen werden kann, beweist das Verhältnis der Reserven und Abschreibungen zum Aktienkapital, worüber nachstehende Vergleichung näheren Aufschluß gibt.

Reserven und Abschreibungen in Prozent des Aktienkapitals

Aktienkapital der erfaßten Gesellschaften insgesamt: 1929: 49 331 300 M.; 1928: 48 166 300 M.  
Reserven insgesamt: 1929: 7 854 476 M. = 15,9 Proz. des Aktienkapitals  
Reserven insgesamt: 1928: 6 351 882 M. = 13,2 Proz. des Aktienkapitals  
Abschreibungen insgesamt: 1929: 4 565 948 M. = 9,2 Proz. des Aktienkapitals  
Abschreibungen insgesamt: 1928: 4 101 303 M. = 8,5 Proz. des Aktienkapitals

Es ist zu ersehen, daß die Rentabilität im Buchdruck nicht gesunken, sondern gestiegen ist. Während die Reserven und Rücklagen der erfaßten Gesellschaften im Jahr 1928 13,2 Proz. des Aktienkapitals betragen, erhöhte sich im Jahr 1929 das Reservekapital um 2,6 Proz. auf 15,9 Proz. des Aktienkapitals. Im Jahr 1928 betragen die Reserven 6 351 882 M., im Jahr 1929 7 854 476 M.; innerhalb eines Geschäftsjahres war es also möglich, das Reservekapital wieder um 2,3 Proz. zu erhöhen.

Dabei ist zu beachten, daß es sich hier nur um die bilanzmäßig ausgewiesenen offenen Reserven und Rücklagen handelt; über den Umfang der stillen Reserven kann man sich nur Gedanken machen. Daß unter diesen Umständen sich die Steigerung der Abschreibungen nicht in gleicher Höhe bewegen konnte, ist begreiflich. Immerhin ist noch — bezogen auf das Aktienkapital — eine Steigerung von 0,7 Proz. zu verzeichnen. Die Summe der Abschreibungen weist gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 464 645 M. = 1,1 Proz. auf. Die Dividende beträgt im Durchschnitt für beide Jahre 5,3 Proz.; bei dieser Errechnung sind auch die dividendenlos gebliebenen Gesellschaften mitgezählt. Schließt man diese Unternehmungen aus, so kommt man auf eine Durchschnittsdividende von 8,2 Proz.

Wenn man die überaus starke Reservebildung und die reichlichen Abschreibungen in Erwägung zieht, kommt man zu dem Schluß, daß eine Dividende von 5,3 Proz. im Durchschnitt ohne Zweifel als Zeichen einer stabilen Rentabilität im Vertriebsfähigkeitsgewerbe gewertet werden kann.

Geschäftsergebnisse im Vertriebsfähigkeitsgewerbe

Table with columns: Firma, Aktienkapital, Reserven und Rücklagen, Abschreibungen, +) Reingewinn -) Verlust, in Prozent des Aktienkapitals (Dividende, Reserven, Abschreibungen). Rows list various companies like C. Brühl & Sohn, Bazar-Aktien-Gesellschaft, Deutsche Tageszeitung, etc.

Bei der großen Zahl der in den Kreis unserer Untersuchungen hereingezogenen Aktiengesellschaften ist es natürlich nicht möglich, auf die Geschäftsergebnisse im einzelnen näher einzugehen; aber zur Ergänzung der Tabelle über die Geschäftsergebnisse im Betriebsabfertigungsbereich dürften doch einige kurze Hinweise nützlich und zweckmäßig sein. Entsprechend der in der Tabelle gewählten Reihenfolge ist zu den Geschäftsberichten der einzelnen Unternehmen folgendes zu bemerken:

Die Firma C. Brügel & Sohn AG in Aushaß berichtet wieder, wie im Vorjahr, über ein befriedigendes Ergebnis ihrer Verlagsabteilung. Die Abschreibungen sind mit 10 Proz. des Aktienkapitals als normal zu bezeichnen. Der Reservefonds erhöhte sich von 7,1 Proz. auf 8,1 Proz. des Aktienkapitals, auf das eine „angemessene“ Dividende von 8 Proz. ausgeschüttet wurde. — Die Bazar-Aktiengesellschaft, Berlin, erzielte nach 20 180 Markt Abschreibungen (i. B. 1930) einen Reinertrag von 10 749 M., der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Der Reservefonds ist mit 10 Proz. des 850 000 M. betragenden Aktienkapitals stabil. — Aus dem Geschäftsbericht der Firma „Deutsche Tageszeitung“, Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin, ist zu entnehmen, daß sich die Druckerei sehr gut entwickelt hat. „Infolge erhöhter Auftragsleistungen waren wir gezwungen, die in den letzten Jahren schon stark vergrößerte Kapazität nochmals zu erhöhen... Auch der Maschinenpark wurde weiter erneuert und ergänzt.“ Dabei konnten Abschreibungen in Höhe von 188 170 M. (i. B. 145 811) vorgenommen und das Reservekapital von 250 000 auf 448 919 M. erhöht werden. Das Unternehmen rentiert sich sehr gut, obwohl keine Dividende verteilt wurde! — Dasselbe kann von der Firma F. A. Günther & Sohn AG, Berlin, gesagt werden, deren Druckerei während des ganzen Jahres gut beschäftigt war. Die Bilanz des Unternehmens weist keinerlei Verschärfungen auf, da solche bis zum Bilanztag reiflos erfüllt wurden. Dem Reservefonds konnten 20 500 M. zugewiesen und eine Dividende von 10 Proz. ausgeschüttet werden. — Die Firma Karl Kühn & Söhne Aktiengesellschaft, Berlin, erklärt: „Der erzielte Rohüberschuß wird durch die Unkosten und die auf die Anlagegegenstände notwendigen Abschreibungen fast völlig absorbiert. Unter diesen Umständen müssen wir einen dividendenlosen Abschluß vorlegen.“ „Unter diesen Umständen“ schreibt man 276 672 M., d. h. 112 364 M. mehr als im Vorjahr, was man gemeinhin Selbstfinanzierung nennt. Die Abschreibungen betragen nicht mehr und nicht weniger als 55,3 Proz. des Aktienkapitals; die Hälfte der Mehrabschreibungen hätte ausgereicht, um eine Dividende von 10 Proz. zur Auszahlung zu bringen. — Sehr hohe Abschreibungen hat auch wieder die Firma Dr. Selke-Eysler Aktiengesellschaft, Berlin, mit 395 102 G. (i. B. 371 628) anzuweisen, und zwar bei Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. wie im Vorjahr. Geschäftsbericht und Bilanz berühren in ihrer Klarheit und Eindeutigkeit angenehm. Es wird hervorgehoben, daß sich die Umsätze erheblich erhöht, die Aufträge und Inzeratbestände der herausgehenden Zeitchriften sich gesteigert haben. Der Gesamtumsatz belief sich auf 8 568 896 M., gegenüber 8 020 145 M. im Vorjahr; auch die Tochtergesellschaften des Unternehmens hatten gute Geschäftsergebnisse. Der Gesamtumsatz dieser Gesellschaften belief sich auf 3 586 828, gegen 3 546 918 M. im Vorjahr. Schließlich wird noch bemerkt, daß sich die Aufträge der Verlagsabteilungen trotz widriger Verhältnisse auf dem Zeitchriftenmarkt nicht nur gehalten, sondern teilweise gehoben haben. — Die Firma A. Seydel & Co. Aktiengesellschaft, Berlin, konnte bei erhöhten Abschreibungen (168 554 M.), gegen 109 545 i. B.) und gesteigertem Reingewinn wie im Vorjahr eine Dividende von 15 Proz. verteilen und 84 335 M. auf neue Rechnung vortragen. Der erzielte Reingewinn betrug 234 335 M. — Durchaus gut zeigt sich das Geschäftsergebnis bei der Verlagsgesellschaft Textil-Weberei AG, Berlin — trotz dividendenlosigster. Der Geschäftsbericht ist zwar etwas in Moll gehalten, was jedoch der Tatsache keinen Abbruch tut, daß in der Bilanz höhere Reserven und verkäufte Abschreibungen in Erscheinung treten, wie auch ein höherer Reingewinn als im Vorjahr ausgewiesen ist. Die Reserven betragen 13,8, die Abschreibungen 7 Proz. des Aktienkapitals, gegenüber 10,9 bzw. 3,3 Proz. im Vorjahr. — Die Firma E. Gundlach Aktiengesellschaft, Bielefeld, berichtet von einer weiteren Steigerung der Umsätze. Nach Abschreibungen in Höhe von 353 771 M. und nach Abzug der sahrungsgemäßen Entnahmen für Aufwandsrat und Vorstand stellt sich der Reingewinn auf 174 560 M., der unter folgender Zuweisung verteilt wurde: Reservefonds 11 300 000 M., Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter 6737 M., 126 000 M. Dividende = 6 Proz. des Aktienkapitals und 11 823 M. als Vortrag auf neue Rechnung.

Der Bericht des Vorstandes der Firma Schlesische Druckerei AG, Breslau, hebt mit zwei Zeilen Misserfolge an, um in der dritten Zeile zu dem Bekenntnis zu kommen: „Trotzdem war die Beschäftigung in unserm Unternehmen das ganze Jahr über recht befriedigend“. Na, wenn schon, warum dann diese zweifelsinftigen Floskeln? Zahlen soll man klar schreiben und dieselben nicht mit verwirrenden Arabesken schmücken. Und also stellen wir fest: die Reserven und Rücklagen sind von 43 855 M. auf 70 292 M. angewachsen, die Abschreibungen betragen 28 797 M., gegenüber 17 576 M. im Vorjahr, der Reingewinn ist mit 19 124 M. (i. B. 14 768 M.) ausgewiesen. Zu Prozent des Aktienkapitals ergibt sich eine Dividende von 5, ein Reservekapital von 28,1 (i. B. 17,5)

und eine Abschreibungsquote von 11,1 Proz., gegenüber 7 Proz. im Vorjahr. Das ist ein Ergebnis, das zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. — Dem Tenor bedingter Regierung begegnet man immer wieder. Die Firma Paul Schottlers Erben AG, Köthen, klagt darüber, daß eine Gewinnbildung außerordentlich erschwert sei und fährt dann fort: „Wenn besonnenen das Jahr 1929 einen nicht unbefriedigenden Verlauf genommen hat...“ Es wird weiter festgestellt, daß sich die Kapitalerhöhung günstig ausgewirkt habe, indem die Betriebsmittel flüssiger geworden seien und andererseits weitere Anschaffungen zur Rationalisierung des Betriebes möglich waren. — Die Firma Joseph Lehner Aktiengesellschaft, Dresden, schließt mit einem buchmäßigen Verlust von 332 186 M. ab. Da sich dieser Betrag aus dem Verlust für 1929 zuzüglich Vortrag aus 1928 und Abschreibungen in Höhe von 65 783 M. ergibt, müßte in der Tabelle richtiger der Betrag von 200 202 M. erscheinen. — Gut fundiert und rentabel ist auch die Wuppertaler Druckerei AG, Wuppertal-Elberfeld. Die Firma berichtet von erheblichen Investitionen, die größtenteils aus eignen Mitteln finanziert werden konnten. Die Bilanz weist gegenüber dem Vorjahr ein erhöhtes Reservekapital und größere Abschreibungen aus; aus dem verbleibenden Überschuß im Betrag von 8045 M. wurde eine Dividende von 5 Proz. verteilt. Das Unternehmen ist in der günstigen Lage, mit einem kleinen Aktienkapital und großen Reserven arbeiten zu können, welche letztere rund 80 Proz. des Aktienkapitals ausmachen. Daß die Firma ihr Bilanzergebnis nicht günstig beurteilt, versteht sich am Rande, aber Bilanzergebnis und Geschäftsergebnis können zwei sehr verschiedene Dinge sein. — Die Mitteldeutsche Verlags-Aktiengesellschaft in Halle konnte laut Geschäftsbericht den Weg des Aufstiegs fortsetzen. Der Rohgewinn im Betrag von 419 761 M. überstieg das Ergebnis des Vorjahres um 97 048 M. Die Umsätze des Zeitungsgegeschäfts sind um 11,2 Proz. gestiegen; aus den Druckereien konnten gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von 8,3 Proz. erzielt werden. Trotz dieses guten Geschäftsergebnisses verteilt das Unternehmen keine Dividende, sondern zieht es vor, den erzielten Mehrgewinn zur Selbstfinanzierung zu verwenden. Die Reserven betragen 35,5 Proz., die Abschreibungen in Höhe von 74 665 M. 18,7 Proz. des Aktienkapitals, gegenüber 15,1 Proz. im Vorjahr. — Der Geschäftsbericht der Sudbader Aktiendruckerei ist durchaus konservativ gehalten und sagt so wenig wie im Vorjahr. Lassen wir dafür einige Zahlen sprechen: das Aktienkapital beträgt 12 000 M., die Reserven sind auf 326 700 M. angewachsen und übertreffen also das Aktienkapital um das Siebenundzwanzigfache. Im Berichtsjahr konnten dem Reservefonds 140 000 M. zugewiesen werden, der Ende 1929 eine Höhe von 2722 Proz. des Aktienkapitals zeigte, gegen 1556 Proz. im Vorjahr. Die ausgeschüttete Dividende von 6 Proz. ist insofern Betrachtung als geradezu lächerlich gering zu bezeichnen. — Die Firma Gebauer-Schweitzer Druckerei und Verlag AG, Halle, berichtet über ein „relativ befriedigendes“ Ergebnis und erklärt: „Die vorliegende Bilanz ist mit aller gebotenen Vorsicht und mit kritischer Prüfung aufgestellt worden.“ Nach Abschreibungen von 52 593 M. = 14,6 Proz. des Aktienkapitals verbleibt einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 50 656 M., aus dem eine Dividendensumme von 21 600 M. = 6 Proz. des Aktienkapitals verteilt wurde. — Die Hanseatische Verlagsanstalt Aktiengesellschaft, Hamburg, treibt ihre Politik der Selbstfinanzierung unbeirrt weiter. Das Geschäftsergebnis ist als sehr gut zu bezeichnen; der Gesamtumsatz betrug 7,4 Mill. M., gegenüber 6 Mill. M. im Vorjahr. In der Bilanz wird ein Rohgewinn (?) von 185 659 M. ausgewiesen, von dem 183 755 M. auf Abschreibungen verwendet werden. — Der Bericht des Vorstandes der Vereinsdruckerei Heidelberg AG, beginnt in der obligaten Moll-Tonart und schließt mit dem Vertrauen auf „festen Zusammenhalt der katholischen Bevölkerung und damit auf weitere günstige Aufwärtsentwicklung“. Der Reingewinn stellt sich nach Abschreibungen im Betrag von 10 613 M. auf 13 930 M., aus welchem Betrag neben andern Zuweisungen eine Dividende von 7 Proz. verteilt wurde; der Gewinn wird im Bericht des Vorstandes „als durchaus angemessen“ bezeichnet. Zu bemerken ist noch, daß die Reserven 55,3, die Abschreibungen 21,2 Proz. des Aktienkapitals betragen. — Die Firma Aktiengesellschaft „Vote aus dem Riesengebirge“ zu Hirschberg wußte „unter der Rücklosigkeit der Wirtschaftsjunktur“ geklitten haben, kann aber immerhin nach Abschreibungen in Höhe von 21 887 M. mit einem Reingewinn von 168 891 M. aufwarten, aus dem u. a. 27 395 M. dem Reservefonds und 21 700 M. dem Reservefonds zugewiesen wurden, wofür letzterer damit eine Höhe von 52 900 M. erreicht (in der Tabelle erscheinen irrtümlich nur 12 605 M.). An Dividende wurde ein Betrag von 21 340 M. ausgeschüttet, und zwar auf Stammaktien 4 und auf Vorzugsaktien 6 Proz.; außerdem wurde ein Bonus von 8 M. auf je 100 M. Aktien im Gesamtbetrag von 41 600 M. verteilt und 38 027 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Das ist ein Abschluß, der sich sehen lassen kann. — Auch der Badenia in Karlsruhe, AG, für Verlag und Druckerei, gelang es, „trotzdem“ ein günstiges Geschäftsergebnis zu erzielen. Mit erfreulicher Offenheit wird erklärt, die Außenstände und Warenlager seien vorsichtig bewertet worden, was mit anderen Worten besagt, daß stille Reserven geschaffen wurden; die offenen Reserven belaufen sich mit 150 000 M. auf 75 Proz. des 200 000 M. betragenden Aktienkapitals, nach Ab-

schreibungen im Gesamtbetrag von 47 258 M. verbleibt ein Reingewinn von 38 511 M., aus dem neben Zurechnungen für den Reserve- und Pensionsfonds im Gesamtbetrag von 22 000 M. eine Dividendensumme von 20 000 M. = 10 Proz. des Aktienkapitals zur Verteilung kam. — Nach dem Vorstandsbericht der Aktien-Gesellschaft für Druck und Verlag vormalis Gebrüder Gotthelf, Kassel, stand das Unternehmen „im Zeichen der Weiterentwicklung“. Der Gesamtumsatz konnte gesteigert werden (Zifferangaben fehlen); nach 62 324 M. (51 844 M.) Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 26 267 M., aus dem wie im Vorjahr eine Dividende von 4 Proz. verteilt wurde. — Die Sünder Verlagsanstalt und Druckerei AG, schließt wieder mit einem buchmäßigen Verlust ab, der aber mit 6824 M. erheblich geringer ist als im Vorjahr (42 030 M.). Der Verlustabschluß wird durch die hohen Abschreibungen verständlich, die einen Gesamtbetrag von 106 376 M. erreichten, gegen 89 814 M. im Vorjahr. — Die Vermögensordnung der Firma „Königsberger Hartungsche Zeitung“ und Verlagsgesellschaft ist — wir müssen das wiederum feststellen — mannigfacher Deutung unterworfen; auffällig ist vor allem das strapaziöse Bemühen, die Reserven zu tarnen. Im Berichtsjahr konnten 39 546 M. abgeschrieben werden, also rund 20 500 M. mehr als im Vorjahr, der Reingewinn betrug 24 311 M., gegenüber 2371 M. im Jahr 1928. Es wird bemerkt, daß es gelungen sei, die in den Jahren 1927 und 1928 mit dem „Königsberger Tagblatt“ erzielten Erfolge zu behaupten und zu befestigen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß im Jahr 1929 größere bauliche Veränderungen sowie bedeutende Erweiterungen und Verbesserungen der technischen Einrichtungen vorgenommen wurden. Durch Preissteigerungen und Erhöhung der Anzeigenpreise glaubt das Unternehmen die Basis für eine günstige Fortentwicklung gewonnen zu haben und die Ausschüttung einer Dividende von 3 Proz. (i. B. 0) riskieren zu können. — Die Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt AG, Königsberg, schließt bei höheren Reserven und vermehrten Abschreibungen mit einem buchmäßigen Verlust ab. Die Reserven betragen 18,8 (i. B. 16,2), die Abschreibungen 11,2 (i. B. 10,9) Proz. des Aktienkapitals. — Sehr gut abgeschloffen hat die Oberbairische Verlagsanstalt AG, Konstanz, was im Bericht über die ordentliche Generalversammlung auch unumwunden angegeben wird. Der Reservefonds konnte vor 14,8 auf 20,8 Proz. des Aktienkapitals erhöht werden; ebenso konnten höhere Abschreibungen vorgenommen und ein größerer Reingewinn erzielt werden als im Vorjahr. Es wurde auch eine Dividende ausgeschüttet, aus dem Geschäftsbericht ist jedoch nicht zu ersehen, wie hoch dieselbe ist. Nach unseren Berechnungen wäre eine Dividende von 13 Proz. angemessen; wir haben jedoch die betreffende Rubrik in der Tabelle offen gelassen. — Ebenfalls sehr gut hat wieder die Firma Bibliographisches Institut Aktiengesellschaft, Leipzig, abgeschlossen. Nach Übernahme von 131 574 M. Abschreibungen (i. B. 100 648) und nach Abzug der sahrungsgemäßen und vertragsmäßigen Vergütungen beträgt der Reingewinn 622 927 M. (i. B. 619 914). Daraus wurden 10 1/2 Proz. Gewinnanteil auf Vorzugsaktien = 2916 M. und 14 Proz. Gewinnanteil auf Stammaktien = 315 000 M. verwendet; weiter wurden 200 000 M. der Verwaltungskostenklasse überwiesen, 100 000 M. als Dividende-Ergänzungsrücklage verwendet und 32 915 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Reservefonds beträgt mit 227 700 M. nach wie vor 10 Proz. des Aktienkapitals. — Nicht minder gut zeigt sich das Geschäftsergebnis der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Der Reservefonds konnte von 445 900 M. auf 625 991 M. erhöht werden und beläuft sich auf 105,2 Proz. des Aktienkapitals; die Abschreibungen betragen in Prozent des Aktienkapitals 13,8, gegenüber 15,3 im Vorjahr. Hervorgehoben darf wieder werden die saubere und überschüssliche Gliederung der Bilanz. — Nach dem Bericht des Vorstandes der Leipziger Graphischen Werke AG, ist das Jahr 1929 „ohne wesentliche Erschütterungen an dem Unternehmen vorübergegangen. Geschäftliche Außenstände wurden bei der Bewertung der Forderungen „ausreichend“ abgesetzt; unter Berücksichtigung dieser Abschreibungen ergibt sich ein Bruttogewinn von 180 862 M. Nach Abschreibungen und Rückstellungen in Höhe von 143 211 M. verbleibt ein Reingewinn von 37 651 M., aus dem eine Dividende von 8 Proz. verteilt wurde. Bemerkenswert ist die starke Reservebildung; die Reserven und Rücklagen belaufen sich mit insgesamt 180 000 M. auf 45 Proz. des Aktienkapitals, gegenüber 17,5 Proz. im Vorjahr. — Die Firma Moritz Presser Nachfolger Aktiengesellschaft, Leipzig, berichtet über einen unbefriedigenden Abschluß, trotzdem im Berichtsjahr „der Umsatz früherer Jahre erreicht und übertroffen werden konnte“. Die Bilanz „weist“ nach Abschreibungen in Höhe von 45 140 M. einen Verlust von 114 747 M. aus. — Nicht schlecht hat hingegen wieder die Firma E. Baensch Aktiengesellschaft in Magdeburg abgeschlossen und nach einer offenbar unvermeidlichen Reibung über die „ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse“ wird dies auch zugegeben. „Wenn trotzdem ein etwas größerer Gewinn gegen das Vorjahr erzielt worden ist und eine mäßige Erhöhung der Dividende in Vorschlag gebracht werden kann, so ist das hauptsächlich auf die im Rahmen des Möglichen vorgenommenen Verbesserungen unserer technischen Einrichtungen zurückzuführen.“ Der erhöhte Rationalisierungsgewinn kommt nicht nur in der Gewinn- und Dividendenrechnung zum Ausdruck, sondern vor allem auch durch hohe Abschreibungen, die mit 73 718 M. 12,3 Proz. des Aktienkapitals ausmachen, gegenüber 7 Proz. im Vorjahr. — Ganz vorzüglich

hat wieder die Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei A. G. abgegeschlossen, und das Unternehmen hätte es wahrlich nicht nötig, die obligate Werbung von der „schlechten Lage der gesamten Wirtschaft“ zu gebrauchen, die auch auf unser Gewerbe übergegriffen hätte.“ Wenn man mit einem Reservekapital von 471 000 Mark (i. B. 441 420) aufwarten, Abschreibungen in Höhe von 211 571 M. (i. B. 178 518) vornehmen und obenrein eine Dividende von 22 Proz. ausschütten kann, sollte man nicht in Zweifelsmomente geraten. — Die Firma J. Brudmann u. Co., München, erklärt ohne viel Umschweife, daß das Geschäftsergebnis als befriedigend bezeichnet werden könne. Der Reservefonds wurde von 413 227 M. auf 505 507 M. erhöht, die Abschreibungen bewegten sich mit 173 445 M. in der Höhe des Vorjahres, der Reingewinn zeigt eine Erhöhung um über 20 000 M. Auf das 2 805 000 M. betragende Aktienkapital wurde eine Dividende von 9 (i. B. 8) Proz. ausgeschüttet. — Sehr knapp, aber äußerst ausdrucksvoll gehalten, ist der Bericht des Vorstandes der Firma G. Hirsh Verlag u. Co., München: „Im Jahr 1929 wurde die Gründung des Unternehmens wieder gefördert durch die Fortführung der Rationalisierung des Betriebs nebst wesentlicher Umkostenminderung. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Umsatz der Druckerei erheblich gesteigert werden, trotz der „allgemeinen wirtschaftlichen Depression...“ — Die Firma Wachsmann & Co. Kieneggelsschaft für Farbenphotographie, München, berichtet: „Der Geschäftsjahr war im Jahr 1929 trotz der nicht günstigen Wirtschaftslage besser als im Vorjahr...“; das ist eine Feststellung, die für die Verhältnisse im Vertriebsgeschäftsgewerbe von geradezu symptomatischer Bedeutung ist. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 7236 M. ab, gegenüber 5564 M.; dementsprechend konnte die Dividende von 5 auf 6 Proz. erhöht werden. — Zu den wenigen Unternehmen, die mit einem buchmäßigen Verlust abschließen, zählt auch die Firma Aktien-Druckerei und Verlag der „Pfälzischen Bürger-Zeitung“, Neustadt a. d. S. Nach dem Bericht des Aufsichtsrats ist die schlechte Lage des — inzwischen in der Sanierung begriffenen — Unternehmens auf die katastrophale wirtschaftliche Lage des Weinhandels und des Weinbaues zurückzuführen, die sich ungünstig auf den Zeitungs- und Druckereibetrieb ausgewirkt habe; auch das von den Franzosen wiederholt verhängte mehrmonatige Verbot der „Pfälzischen Bürgerzeitung“ läßt die Verluste der letzten Jahre verständlich erscheinen. — Ein Bild stabiler, wenn nicht gesteigerter Rentabilität bietet wieder die Vereinigten Verlagsanstalten A. G., Oberhausen. Das Unternehmen schließt mit einem Reingewinn von 142 359 M. (i. B. 76 211) ab, aus dem eine Dividende von 20 Proz. verteilt werden konnte. Abschreibungen wurden in Höhe von 72 335 M. (i. B. 68 072) vorgenommen; die Reserven sind von 195 129 M. auf 211 000 M. angewachsen. Auf das Aktienkapital bezogen, ergibt sich folgende Relation: Reserven 88 (81,3) und Abschreibungen 30,1 Proz., gegenüber 24,2 Proz. im Vorjahr. — Die Firma Paderborner Anzeigen- und Verlagsdruckerei Kieneggelsschaft erklärt, unter Berücksichtigung der allgemeinen (also nicht der besonderen) Wirtschaftslage mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres zufrieden zu sein. Das Unternehmen schließt bei 7905 M. Abschreibungen mit einem Reingewinn von 6290 M. ab, aus dem eine Dividende von 6 Proz. auf Vorzugsaktien und eine solche von 3 Proz. auf Stammaktien gewährt wurde. — Die Firma Hermann & Co. Kieneggelsschaft, Heydt, erklärt: „Immerhin konnten wir den Umsatz auf einer Höhe halten (wie hoch?), der uns, nach Durchführung der Abschreibungen in Höhe von 129 558 M. einen Überschuß von 120 263 M. beließ.“ Die Rentabilität dieser Gesellschaft ist — auch ohne Dividende — als durchaus stabil zu bezeichnen. Aus dem Reingewinn hätte „immerhin“ eine Dividende gezahlt werden können, aber man zog es vor, den Gewinn „zur Stärkung“ auf neue Rechnung zu übernehmen. — Die Wiedemannsche Druckerei A. G., Saalfeld, hat im Berichtsjahr erhebliche Investitionen vorgenommen und dadurch, wie erklärt wird, die Leistungsfähigkeit des Unternehmens wesentlich gesteigert. Aus dem ersten Reingewinn in Betrage von 38 122 M. (i. B. 21 207) wurden 30 870 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Proz. verwendet. — Ein Unternehmen vom Rang der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, dürfte sich wohl einer besseren Publizität befleißigen. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1929/30 einen Gesamt-ertrag von 1 146 483 M.; die Generalunterschiede sind mit 437 146 M. gegenüber dem Vorjahr (445 655) gesunken. Nach Abschreibungen von 133 723 M. wird ein Reingewinn von 576 614 M. (i. B. 001 888) ausgewiesen, aus dem eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung kam; trotz der Senkung des Reingewinns wäre die Vorjahresdividende von 12 Proz. möglich gewesen. Aber die Höhe der Umsätze werden keine Zahlen genannt und auch sonst läßt der Bericht manche Aufklärung vermissen. So wird z. B. die Höhe der Investitionen nicht genannt, sondern man beschränkt sich auf die Mitteilung, daß im Vorjahr noch nicht bezogenen 600 000 M. eigene Aktien verkauft wurden, und daß der erzielte Reingewinn (in welcher Höhe?) zu Abschreibungen auf die Anlagen der beiden Papierfabriken verwendet wurde. Damit erklärt sich der trotz neuer Zugänge niedrige Buchwert der Anlagen. — Die Firma Chr. Beller A. G., Stuttgart, berichtet: „Das Geschäftsjahr 1929 war für die Druckerei wie für den Verlag befriedigend.“ Das Unternehmen erzielte einen Reingewinn von 688 026 M. und einen Reingewinn von 62 485 M., aus welchem eine Dividende von 4 Proz. ausgeschüttet wurde. Der Reservefonds beträgt 60 000 M., die

Abschreibungen belaufen sich mit 135 248 M. auf 12,8 Proz. des Aktienkapitals. — Aus dem Geschäftsbericht der Firma Friedrich Andreas Perthes Aktien-gesellschaft, Stuttgart, ist zu entnehmen, daß der Umsatz unter Berücksichtigung der vielen Neuerscheinungen im Buchhandel befriedigend war. Es wird berichtet: „Die Vorräte sind wie immer mit der gebotenen Vorsicht bewertet worden.“ Nach Abschreibungen im Betrage von 13 095 M. ergab sich ein Reingewinn von 3712 M., der mit dem Gewinnvortrag vom Vorjahr auf neue Rechnung überschrieben wurde. Auffallend ist die starke Reservebildung in Höhe von 126 500 M. = 64,9 Proz. des Aktienkapitals. — Die Schwabenverlag Aktiengesellschaft, Stuttgart, berichtet bescheiden von einem „befriedigenden Ergebnis“. Wir möchten dem Abschluß die Note „Sehr gut“ geben. Die Höheinnahmen konnten erheblich gesteigert und dementsprechend die Rücklagen und Abschreibungen mit zusammen 146 885 M. (i. B. 80 553) bedeutend erhöht werden; die Reserven und Rücklagen sind von 135 000 M. auf 180 000 M. angewachsen und betragen 57 Proz. (i. B. 42,8) des Aktienkapitals. Aus dem Reingewinn im Betrage von 40 870 M. wurden 10 Proz. Dividende auf Stammaktien und 6 Proz. auf Vorzugsaktien — zusammen 30 900 M. — verteilt. — Auch bei der Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei A. G. ist die Rentabilität durchaus stabil, trotz der Bemerkung des Vorstandes, daß sich die Geschäftslage „in nicht ganz befriedigender Weise“ entwickelt habe. Aus dem Reinertrag von 24 596 M. gelangte wie im Vorjahr eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung. — Was von der Deutschen Verlagsanstalt in Bezug auf mangelhafte Publizität gesagt wurde, gilt auch für die Union Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin. Man beschränkt sich im Geschäftsbericht auf die verschleierte Wirtschaftslage sowie auf die rückläufige Konjunktur und verzerrt sich im ersten Absatz: „Es ist uns gelungen, den Umsatz weiterhin zu steigern“. Natürlich werden Ziffern nicht genannt und so tappt man hier völlig im Dunkeln; dies gilt auch für das angegebene Bruttoerträgnis des Verlags-geschäfts und der technischen Anhalten, das nicht getrennt, sondern in einem Posten ausgewiesen ist. Trotzdem angenommen werden darf, daß die Rentabilität des Unternehmens durchaus stabil ist, hielt es das Unternehmen für opportun, die Dividende von 7 auf 5 Proz. herabzusetzen. — Die Firma Schar & Dache Aktiengesellschaft, Trier, berichtet von einer Erhöhung der Verluste — trotz Umsatzsteigerung. Der Umsatz betrug im Jahre 1928 319 331 M. und im Jahre 1929 342 098 M., so daß ein Mehrumsatz von 22 767 M. erzielt werden konnte. Das im Bericht des Vorstandes vom vorigen Jahr so sehr gewünschte Preisstabilität ist inzwischen zustande gekommen: „Der Preisrückgang dürfte seinen Tiefstand erreicht haben. Das kollektive Abkommen, durch welches die Preise gehoben werden: fallen, ist, im höchsten Maß neyerdings durchgeführt worden. Eine Preissteigerung wird nunmehr, wenn der Anfang auch nur in langsamem Tempo, die Folge sein, so daß wir hoffen dürfen, den Betrieb lohnend zu gestalten.“ — Der A. G. Franconia, Taubertshofheim, ist es „durch einschneidende Maßnahmen gelungen, Ersparnisse zu erzielen und damit das Unterkonto zu droffeln.“ In der Bilanz erscheinen sowohl höhere Reserven als auch höhere Abschreibungen wie im Vorjahr; aus dem 5716 M. betragenden Reingewinn kam eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung. Durch das erhöhte Aktienkapital werden die laufenden Verpflichtungen des Unternehmens stark verringert und die Barmittel erheblich gestärkt. — Ein Muster von Unklarheit ist die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Firma Bergische Verlags-Aktiengesellschaft, Solingen-Wald. Keine Spur von Spezifizierung; „Generaluntkosten und Abschreibungen“ erscheinen in einem Posten aufsummiert (1), so daß es nicht möglich war, die Summe der Abschreibungen statistisch zu verwenden. Infolge hoher Abschreibungen konnte ein buchmäßiger Verlust ausgewiesen werden; einem Aktienkapital von 100 000 M. (einen Reserven und Rücklagen in Höhe von 153 952 M. (164 Proz. des Aktienkapitals) gegenüber. — Ende gut, alles gut: Die Universitätsdruckerei S. Ehrlich A. G., Würzburg, erzielte bei 143 933 M. Abschreibungen (i. B. 101 686) einen Reingewinn von 215 290 M., gegenüber 130 724 M. im Vorjahr. Insgesamt wurde eine Dividendensumme von 120 900 ausgeschüttet, und zwar 6 Proz. auf Vorzugsaktien und 15 Proz. auf Stammaktien. Klar ist in der Bilanz die Position „Verpflichtungen, laufende und Rückstellungen“; man wird wohl nicht sehr daneben treffen, wenn man hinter diesem „ausgewiesenen“ Posten stille Reserven vermutet. Ein weiterer Kommentar ist wohl überflüssig. Der hier unternommene Streifzug durch die Geschäftsberichte von 50 Aktiengesellschaften des Vertriebsgeschäftsgewerbes geht mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmen von der ungünstigen Wirtschaftslage — hinter der man sich mit viel Gerede so gern versteckt — im allgemeinen bisher nur wenig berührt wurden und daß in der Gesamtbetrachtung mit Zug und Recht von einer stabilen Rentabilität im Vertriebsgeschäftsgewerbe gesprochen werden darf.

dividende weit unter der der Gesamtindustrie liege, und ein in Nr. 41 der „Buchdrucker-Woche“ erschienener Artikel bewegt sich in seiner Grundtendenz — wenn auch mit erheblich weniger Zweifelsmomente als in der „Zeitschrift“ — ungefähr in der gleichen Richtung. Wir stehen Statistiken — wie sie von den genannten Organen für ihre Zwecke in besonderer Aufmachung benutzt werden — mißtrauisch gegenüber, weil es sich hier eben nur um Zahlen handelt, um statistische Berechnungen, die nicht nachgeprüft werden können und bei denen nicht ersichtlich ist, nach welchen Methoden und Grundlagenten Verfahren wurde. Die „Buchdrucker-Woche“ berichtet beispielsweise über die Geschäftsergebnisse von zwölf Aktiengesellschaften des Druckgewerbes — wie besonders betont wird, Buchdruckereien ohne Verlags- und Buchhandelsunternehmungen —, welche im Durchschnitt eine Rentabilität von 4,5 Proz. des Aktienkapitals ausweisen. Dazu wird mit einer lobenswerten Freimütigkeit bemerkt: „Allerdings wirkt bei diesem Ergebnis als Zufallsmoment die hier getroffene Auswahl der Gesellschaft mit, und in diesem Sinne kann daher das Resultat nicht als für die gesamte Branche typisch angesehen werden.“ Nicht minder wertvoll ist die Feststellung, daß, beeinflusst „durch vorzeitige Bewertung und rechtzeitige Abschreibungen der Einlagen oder Begleichung der Neuanfassungen aus laufenden Einnahmen“, die Bilanzposten Immobilien und Mobilien im letzten Jahre bereits geringe Rückgänge aufweisen, und daß der erhöhte Prozentsatz der Abschreibungen „den vermehrten Abschreibungsbedürfnissen infolge der Rationalisierung“ Rechnung tragen. Schließlich wird noch unumwunden erklärt, daß es möglich war, die Reserven zu erhöhen und Sonderrücklagen in die Bilanzen einzustellen. Wir zitieren wiederum wörtlich: „Die Reserven konnten kräftig erhöht werden. Auch veranlaßte die zumeist recht ungewisse Zukunft der gesamten deutschen Wirtschaft zu besonderen Rückstellungen. Der Anteil dieser am Aktienkapital, der in den ersten beiden Jahren noch unterhalb der vom Gesetz geforderten Mindestgrenze von 10 Proz. gelegen hatte, liegt bis 1929 auf durchschnittlich 13,7 Proz.“ In solcher Betrachtung, die ganz mit dem Ergebnis unserer eignen Untersuchungen übereinstimmt, erscheint die Durchschnittsdividende von 4,5 Proz. in einem ganz andern Licht, d. h. durchaus nicht so klein. Ein Unternehmen kann dividendenlos sein, ja sogar bilanzmäßig einen Verlust ausweisen und doch — „rentieren“. Hinsichtlich der Betonung, daß sich die Untersuchungen nicht auf Verlagsgesellschaften und Unternehmungen des Buchhandels erstrecken, möchten wir hier gleich folgendes bemerken. Es ist uns sehr angenehm, daß sich selbst angestellten statistischen Erhebungen von „Unternehmerkreise“ schon entgegengehalten worden — und es wird dies auch jetzt wieder der Fall sein —, daß sich unsere Untersuchungen in der Hauptsache auf Verlagsgesellschaften erstrecken. Wir wollen zugeben, daß jeder Statistik gewisse Mängel anhaften, aber der größte, leider nicht zu beseitigende Mangel ist der, daß es unmöglich ist, die nicht in Aktienform betriebenen Unternehmungen des Vertriebsgeschäftsgewerbes zu einer Rentabilitätsstatistik heranzuziehen. Bei den Untersuchungen des statistischen Reichsamts, auf die sich die „Zeitschrift“ in ihrem Artikel „Weiteres Sinken der Rentabilität des Vertriebsgeschäftsgewerbes“ stützt, ist zunächst nicht ersichtlich, wieviel Unternehmungen zu der Statistik herangezogen wurden und welcher Art dieselben sind; die erzielte Dividendensumme im Betrag von 1,9 Millionen Mark läßt jedenfalls mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß der Kreis der Erhebungen nicht allzu weit gezogen wurde. Die „Zeitschrift“ weist darauf hin, daß sich die vom statistischen Reichsamt für das Vertriebsgeschäftsgewerbe errechnete Durchschnittsdividende weit unter der Gesamtindustrie bewege. Zunächst sei bemerkt, daß die Dividende nicht als alleiniger Gradmesser für die Leistungen eines Unternehmens angesehen werden darf, sondern bei Beurteilung der Rentabilität auch die offenen und stillen Reserven sowie die Abschreibungen berücksichtigt werden müssen; wozu hier vorweg zu sagen wäre, daß wir bei den von uns selbst angelegten Untersuchungen von 50 Aktiengesellschaften zu dem Ergebnis kommen, daß sich die Durchschnittsdividende für 1929 auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr bewegt und somit nicht von einem weiteren Sinken der Rentabilität des Vertriebsgeschäftsgewerbes gesprochen werden kann. Ferner aber möchten wir als Kuriosum noch die Tatsache herausstellen, daß sich die „Zeitschrift“ die vom statistischen Reichsamt für die Jahre 1927 und 1928 errechnete Durchschnittsdividende von 6,3 bzw. 6,4 Proz. gefallen läßt, während bekannterweise unsre für diese Jahre errechnete Dividende angezweifelt wurde, obwohl wir bei unsern Untersuchungen im Durchschnitt nur auf 6 bzw. 6,3 Proz. gekommen sind, und wenn die „Zeitschrift“, um einem von Gewerkschaftskreise häufig vorgebrachten Einwand zu begegnen, glaubt bemerken zu müssen, daß die Gewinnminderungen nicht auf Kosten erhöhter Reserven und Abschreibungen vor sich gegangen sind“, so gestatten wir uns zu bemerken, daß dies doch zum großen Teil der Fall ist, und daß die „Zeitschrift“ sich in ihrer Auffassung in Widerspruch mit den hier erwähnten Ausführungen der „Buchdrucker-Woche“ befindet. Argus.



In letzter Zeit ist von Unternehmernseite wiederholt versucht worden, ein Sinken der Rentabilität des Buchdruckgewerbes nachzuweisen. So bemühte sich die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in ihrer Nr. 72 unter Berufung auf eine vom statistischen Reichsamt angestellte und in Nr. 18 der reichsamtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Untersuchung den Nachweis zu führen, daß die Rentabilität des Vertriebsgeschäftsgewerbes „weiter“ aculken sei und die Durchschnitts-

### Dividendenlegen und Wirtschaftskrise

Die Unternehmer behaupten, daß sie am Rande des Ruins angelangt seien. Ihre Betriebe seien am Zusammenbrechen, sie selbst hätten kaum noch zu leben. Überprüft man die vom Statistischen Reichsamt jetzt bekanntgegebenen Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften zwischen dem 1. Januar und 31. März 1930, um die Wirtschaftskrise bereits einen katastrophalen Stand angenommen hatte, dann kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl die Durchschnittsdividende wie die ausgeschüttete Gesamtdividendensumme bedeutend gestiegen. So erhöhte sich die Durchschnittsdividende von 7,48 auf 7,82 Proz., und die Gesamtdividendensumme stieg von 106,5 Millionen Mark auf 111,5 Millionen Mark. Das läßt nicht darauf schließen, daß die Unternehmer kein Geschäft machen. Vielmehr muß man zu der Feststellung kommen, daß trotz der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage der Profit nicht geschmälert worden ist. Auch das Nominalkapital ist um rund 8 Millionen und die Anlagewerte sind um 69 Millionen Mark gestiegen.

Die folgende Tabelle, in der die Abschlüsse des ersten Vierteljahres 1929 zum Vergleich herangezogen sind, gibt einen Überblick über die Abschlüsse (in Millionen Mark):

	1930	1929
Zahl der Gesellschaften . . . . .	107	110
Nominalkapital . . . . .	1518,7	1510,3
Anlagen . . . . .	889,7	820,8
Vorräte . . . . .	266,6	257,3
Flüssige Mittel . . . . .	606,5	623,5
Gewinn . . . . .	123,3	116,3
Verlust . . . . .	2,4	1,9
Gesamtdividendensumme . . . . .	111,5	106,5
Durchschnittsdividende in Proz. . . . .	7,82	7,48
Kurzfristige Schulden . . . . .	494,0	429,1
Langfristige Schulden . . . . .	542,7	493,1

Bei der Industrie der Grundstoffe ist die verteilte Gesamtdividende von 47,3 auf 47,7 Millionen Mark, die Durchschnittsdividende von 7,53 auf 8,05 Proz. gestiegen. Bei der verarbeitenden Industrie erhöhte sich die Gesamtdividende nicht, dagegen aber ganz erheblich bei den andern Gewerbestruppen und im Warenhandel. Auf jeden Fall läßt sich als Ergebnis feststellen, daß die Unternehmer gut verdient haben. Auch hieran zeigt sich wieder, daß das Unternehmertum auch an dem wirtschaftlichen Niedergang noch verdient. Während Millionen Hungern und darben, verzweifeln und freiernd durch die Straßen gehen, scheffeln die Unternehmer die Gewinne ein. Mit Recht wird deshalb oft gesagt, daß solche Reichen dem Unternehmertum manchmal ganz willkommen sind. Es verdient an dem Auf- und Abstieg der Konjunktur, es verdient auch, wenn die Arbeitslosigkeit im Inneren steigt.

### Die Folgen des Lohnabbaues

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Berechnung angefertigt über den Rückgang des Arbeitseinkommens im Jahre 1930. Danach ist das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt in diesem Jahre um etwa 4 Milliarden Mark gesunken. Dieser Rückgang ist entstanden durch die im Laufe dieses Jahres stark gestiegene Arbeitslosigkeit und durch die Senkung des Lohnniveaus. Der Abbau der Löhne und Gehälter hat sich bisher noch nicht in vollem Umfang ausgewirkt, weil der Generalangriff auf die

**Für die langen Winterabende!**  
Die Mitglieder der Bäckergilde Gutenberg  
(Berlin SW 61)  
haben freie Auswahl unter jetzt 114 Bäckern

Löhne erst Ende des Jahres eingeseht hat, die Lohnsenkung erst im letzten Viertel des Jahres in Erscheinung tritt. Bei nur gleichbleibender Arbeitslosigkeit wird sich im nächsten Jahr der Rückgang des Arbeitereinkommens, wenn dazu auch noch die Gehaltskürzung der Beamten kommt, erst richtig bemerkbar machen. Die Folgen des Rückganges des Arbeitseinkommens sind ohne weiteres erklärlich. Es wird weniger gekauft, der Konsum geht zurück. Das Institut für Konjunkturforschung ist der Meinung, daß der mengenmäßige Kleinhandelsabsatz infolge dieser Schwächung des Arbeitseinkommens ganz erheblich zurückgegangen ist. Für Befriedigung soll der Rückgang 5 bis 6 Proz., für Hausrat 7 bis 8 Proz. betragen. Dieser geringe Anstieg hat natürlich auf die Industrie übergegriffen, die zu neuen Arbeiterentlassungen gezwungen ist. Eindeutiger kann der Beweis nicht erbracht werden, daß die Senkung der Löhne und Gehälter verhängnisvoll sich auswirkt. Dadurch werden bestehende Arbeitsmöglichkeiten verstopft, Entlassungen finden statt, die Arbeitslosigkeit wird größer. Angesichts dieser Tatsachen ist es höchste Zeit, daß mit dem Lohnabbau jezt Schluss gemacht wird.

Auch über die Preisbewegungen macht das Institut einige bemerkenswerte Feststellungen. Der bisherige Preisrückgang sei weit hinter dem Lohnabbau zurückgeblieben. Während die Weltmarktpreise infolge der rücklaufenden Tendenz der Rohstoffpreise im Laufe des Jahres 1930 um etwa 25 Proz. gesunken seien, sind die deutschen Inlandspreise nur um 6 Proz. zurückgegangen. Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt den deutschen Preisrückgang noch sehr günstig. Sieht man sich den amtlichen Großhandelsindex an, so kommt man zu der Feststellung, daß der Rückgang bedeutend geringer ist. Aber selbst wenn diese Berechnung richtig ist, dann ergibt sich, daß die Preisentwertung nicht mit der Lohnsenkung Schritt gehalten hat. Es steht einem Lohnabbau von 10 Proz. eine Preisentwertung von 6 Proz. gegenüber. Der Rückgang des Gesamtarbeitseinkommens, wenn man das Arbeitseinkommen auf 40 Milliarden Mark beziffert, beträgt 10 Proz. Es ist also weder so noch so eine der Senkung der Kaufkraft entsprechende Preisentwertung eingetreten.

Reichsregierung und Unternehmertum gehen an das Problem der Konjunkturbekämpfung vom falschen Ende heran. Nicht vom Lohnabbau, sondern die Anhebung der Wirtschaft und die Wiederbelebung der Konjunktur zu erwarten. Jede Verringerung des Arbeitseinkommens vermindert die Kaufkraft. Jede Kaufkraftverminderung schwächt die Konjunktur ab. Es muß zur Stilllegung von Produktionsstätten kommen, wenn die Kaufkraft geschwächt wird. Der Lohnabbau hat daher die Möglichkeiten der Konjunkturbekämpfung erheblich eingeschränkt. Dagegen hätte eine im Sinne der Gewerblichkeitsforderung gelegene Lohnsteigerung neue Belegungsmöglichkeiten erschlossen. Anstatt wir einen geradezu trostlosen Winter durchmachen, hätten wir jezt eine niedrigere Arbeitslosigkeit erfahren und bessere Zukunftsaussichten hätten sich uns geboten.

### Ein ernstes Mahnwort in ernster Stunde

Der Kalkulator, dem die Zahlen nicht bloß Rechengebilde, sondern lebendige Größen sind, sieht heute auf ein Trümmersfeld. Wo blühendes Leben sein sollte, wo die Rationalisierung den Strom des Lichtes in jedes Haus gebracht haben sollte, da ist das graue Gendarm als Gast eingezogen. Und nun rüsten sich die Unternehmer im Buchdruckgewerbe, eine Schilddrüse zu vollbringen, die das Gendarm noch steigert. Sie sind mit ihrem Lohnabbau befreiten willens, die Senne zu schlachten, die die goldenen Eier ausbrütet. Es war früher ein beliebtes Schlagwort, die Senne dürfe nicht geschlachtet werden, die die goldenen Eier legt, das Kapital dürfe nicht angefaßt werden. Nun ist es ganz gleichgültig, ob man die menschliche Arbeit oder die Maschine als eierlegende Henne bezeichnet. Weniger gleichgültig ist es, wo die goldenen Eier bleiben, wie sie verwertet werden. Wenn der Produzent auf seinen eigenen Haufen bleibt, dann hat er nichts, genau so wenig, wie die, die den Hunger in den Gebäuden tragen und mit Haß auf die überfüllten Auslagen in den Schaufenstern sehen. Der Konsum der Arbeiter ist die Ausbrütungskraft, er schafft die Rationalisierung der Produktion, die neue Produktion nach sich zieht.

Die Unternehmer versprechen den Arbeitern, durch nachfolgende niedrige Preise den Ausgleich zu schaffen. Dem Kalkulator steht der Verstand still, wenn er das hört. Auf diesem Wege gelangen die Arbeiter durch Verhörungen wohl schneller in das Jenseits der Vergessenheit, aber niemals zu verstärkter Kaufkraft. Die Arbeit der Unternehmer richtet sich mit ihrem Preisentwertungsdenken durch vorangehende Lohnsenkung gegen die einfachsten Regeln der Kalkulation, sie ist nichts weiter als eine Donquixoterie gegen die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft. Jede Preisentwertung dieser Art wird auf Kosten der Kaufkraft der Arbeiter erkauf und zerstört damit das Fundament des Innenmarktes. Umgekehrt führt der nächste Weg nach Rom. Die Löhne müssen gesteigert werden, und die daraus sich ergebende Preissteigerung muß in dem Rahmen des Benötigten bleiben. Wie die Lohnsenkung sich von 2 zu 4, zu 6, zu 8 entwickeln muß, um eine Preisentwertung von 2, 3, 4, 5 zu erreichen, so geht es auch umgekehrt. Eine Lohnsteigerung um 10 Proz. würde im allgemeinen eine Preissteigerung um nur 3 Proz. notwendig machen. Alles andre ist vom Übel. In der Vorkriegszeit, als die Verhältnisse auch nicht ideal, aber gegenüber der heutigen erträglich waren, lag der Preisentwertungsindex stets unter dem Lohnentwertungsindex; der Lohn stieg von 1870 bis 1914 im Durchschnitt jährlich um etwas über 1 Proz. und der Preis im Jahresdurchschnitt etwas unter 1 Proz. Die fortschreitende Rationalisierung ermöglichte es, die Lohnsteigerung in einer immer geringeren Preissteigerung zum Ausdruck kommen zu lassen. Noch besser wäre es, Preisentwertungen ohne Lohnsenkungen herbeizuführen, die Kaufkraft des Geldes zu stärken. Aber wir leben in der kapitalistischen Welt, und da muß die Hoffnung, auf diesem Wege zur Wirtschaftsgesundheit zu gelangen, eine fata Morgana bleiben, die in die Wüste hinein, aber nicht hinausführt. Die Kräfte der Großkapitalisten denken gar nicht daran, die Rationalisierungsgewinne aus der Hand zu geben. Da muß schon ein Zwang dahinter stehen, der stärker ist als sie. Wir müssen den harten Weg gehen, den die Entwicklung uns vorschreibt, das ist der über Lohnsteigerungen. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe nehmen doch für sich in Anspruch, wirtschaftlich weitsichtig und dabei sozialdenkend zu sein. Wenn sie dafür den Beweis erbringen wollen, dann müssen sie eine gewaltige

### Klmsch's Jahrbuch 1931

Vor kurzem erschien im Verlag Klmsch & Co., Frankfurt a. M., der 24. Band des in Fachkreisen geschätzten Jahrbuchs der graphischen Künste. Der Umfang beträgt 370 Seiten Text und 70 Kunst- und andre Beilagen. Format 19x27 cm. Ganzleinen. Der Vorbestellpreis beträgt bis 20. Dezember 10 M., der Ladenpreis 15 M., zuzüglich Versandkosten von 1 M. im Inland.

Klmsch's Jahrbuch ist nicht nur ein alter Bekannter, sondern auch ein guter Freund und Berater in brennenden Fragen des graphischen Gewerbes. Es zeigt uns den Stand der Drucktechnik alljährlich von hoher Warte an und trägt auch in Gestaltungsfragen sein Teil zur Klärung bei. Der einzelne, und wäre er noch so regsam und mit noch so zahlreichen Verbindungen begabt, wäre nicht imstande, das Material so flüchtig zusammenzutragen und anschaulich wiederzugeben, wie es das Jahrbuch schon seit über 30 Jahren in vorbildlicher Weise getan hat. Die schlechte Wirtschaftslage und die durch die Rationalisierung eingetretene Überspannung der Betriebskapazität haben das Druckgewerbe in eine so unglückliche Lage gebracht, daß es der Anspannung aller Kräfte bedarf, um aus der Preisfahnenerei heraus und wieder zur Gelungung zu kommen. Um das zu können, muß man einen Überblick über die technische Leistungsfähigkeit haben, damit man sich vor kostspieligen Experimenten schützen kann. Es genügt heute nicht mehr, wenn man im Buchdruck zu Hause ist. Die übrigen Druckverfahren (Offset- und Tiefdruck) müssen immer mehr als Kombinationsverfahren gewertet werden. Der vorwärtsstrebende Fachmann muß deshalb seinen Gesichtskreis über den Gestalt und die Druckmaschine hinaus erweitern und versuchen, das Wesentliche der übrigen Reproduktionsverfahren zu erfassen. Speziell der Photographie muß besonderes Augenmerk geschenkt werden, weil dort die Quelle der späteren technischen Umwälzungen liegen wird.

Der 24. Band, der sich in Aufmachung und Inhalt seinen Vorgängern würdig anreihet, bringt vielfältige und wertvolle Anregungen für den denkenden Fachmann. Der Stoff ist wie üblich in die drei Abteilungen: Abhandlungen — Technische Neuheiten — Beilagen — gegliedert. Die Schriftleitung besorgte wieder Dr. Konrad F. Bauer. Der Druck und der schöne und praktische Ganzleinenband wurden von der L. C. Wittichschen Hofbuchdruckerei in Darmstadt in musterwürdiger Weise ausgeführt.

In der ersten Abteilung kommen bekannte Spezialisten für die einzelnen Gebiete zu Worte, die sich alle Mühe gegeben haben, selbst dem hochstehenden Fachmann noch etwas Neues und Wertvolles zu sagen. Das es gerade in Gestaltungsfragen, mit denen sich Dr. Bauer in der Abhandlung „Das Neue“ beschäftigt, besonders schwer ist, die widerstreitenden Anschauungen zu klären, ist bekannt. Wir glauben auch, daß diese gewundenen Ausführungen bei den Fachleuten Widerspruch herausfordern oder zu mindest ein nachsichtiges Räseln auslösen werden. In einem reich illustrierten Aufsatz behandelt Dr. H. Lehmann-Saupt (Neupost) die amerikanische Klmschphotographie. Friedrich Bauer breitet sich über das Mischen der Schriftarten im Schriftsatz aus, ohne allerdings dabei schon immer heiß umstrittene Frage der endgültigen Lösung aufzuführen. Ein den Buchbindern stark interessierendes Thema behandelt Dr. Alfred Terke in dem Aufsatz „Profiliertes oder gebundenes Buch?“. Recht klar geschrieben ist ein weiterer Beitrag von Dr. Friedrich F. Bauer über „Zeichen und Abkürzungen“. Die folgenden Aufsätze behandeln rein technische Fragen. Für Maschinenhersteller sind die Ausführungen von Dr. J. Dietrich über die Methoden zur chemischen Untersuchung graphischer Metalllegierungen zwar nicht neu, aber doch beachtenswert. Für den Drucker bringt der Aufsatz von Fritz Hoyer über den Einfluß der Feuchtigkeit auf das Druckpapier gute Ratschläge. Die praktische Farbmischlehre für Drucker, unterteilt durch zwei Farbtafeln und einen 18teiligen Farbkreis, hat der Praktiker

Otto Hummel leichtverständlich geschrieben. Dieser Beitrag ist eine gute Ergänzung zu Paul Renners Ausführungen im 23. Band. Der gleiche Verfasser hat auch noch „Technische Winte zur Einheitszurichtung“ in einem weiteren Beitrag behandelt. Die wegen der Preisbildung wichtige Frage des Druckens ohne Durchschlag wird von einem Praktiker eingehend behandelt und u. a. auf das Grammer-Paraffin-Verfahren geschlüsselt. Ein mit zwei Beilagen versehenen Beitrag über „Die Wasserfarbe im graphischen Gewerbe“ dürfte im Hinblick auf die aus dem Ausland kommenden Erzeugnisse interessieren. Die elektrischen Schnellpressenantriebe behandelt eingehend Dipl.-Ing. Hermann Schelbel. Professor Franz Bauer gibt auf Grund spezieller praktischer Erfahrungen weitläufige Richtlinien für die Organisation einer modernen Setzungssterotypie. Auf dem Gebiete der Reproduktionstechnik ergreifen zwei als Autoritäten bekannte Fachleute das Wort, und zwar berichtet Professor D. Monte über systematische Versuche mit dem 20-Wellen-Raster, während R. Rüh wertvolle Erfahrungen bei der Verarbeitung des Elektrotons in der Chemigraphie mitteilt. Da das Tiefdruckverfahren augenblicklich die Beachtung besonders interessiert, werden die Beiträge von Th. Risten, „Übertragen und Abziehen von Schrift und Bild in einem Arbeitsgang“ und die „Korrekturmöglichkeiten im Tiefdruckverfahren“, dankbar begrüßt werden. Außerdem behandelt Hans Weisböcker die Kombination des Tiefdrucks mit andern Druckverfahren. Die Vorteile der elektrostatischen Verstromung, die für den Tiefdruck besonders wichtig ist, werden von Ingenieur M. Böcker besprochen. Dr. Ludwig Schäfer beschreibt die Eigenschaften der Gantletdruckfarben. Ein umfangreicher Neuententent, in dem die im Laufe des letzten Jahres erschienenen neuen Maschinen, Verfahren und Druckverfahren im Bild gezeigt und beschrieben sind. Eine Schriftentwurf der Jahre 1927 bis 1930 schließt sich an. Mit dieser gebrauchten Inhaltsangabe ist ein zureichendes Bild vom Inhalt des Jahrbuchs gegeben.

Linkslenkung in der Lohnpolitik machen. Dann müssen sie im eigenen Hause anfangen, ihre Arbeiter kaufkräftig für den Innenmarkt zu machen. Und dann müssen sie, da sie mit der Presse das öffentliche Sprachrohr in der Hand haben, dafür eintreten, daß die Arbeiter in den andern Berufen Konsumenten für Druckerzeugnisse werden. Die Buchdruckindustrie vermag mit ihren Produktionsmitteln und den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften für annähernd eine Milliarde Mark mehr als jetzt zu produzieren, und überall im Deutschen Reich ist der Hunger nach geistiger Nahrung so groß, daß eine vernünftige Rationalisierung fortgeführt werden und der Nachwuchs volle Beschäftigung finden könnte. Die Umstellung geht nicht von heute auf morgen. Was in Jahrzehnten gesündigt wurde, kann nicht in einem Jahre gutgemacht werden. Aber irgendwo muß ein Anfang sein. Der Organisationsvertrag von 1912 war ein solcher Anfang. Auf ihn sollten die Unternehmer zurückgreifen, dann werden sie die Preise bekommen, die wirtschaftlich notwendig sind. Die Gehilfen haben kein Interesse daran, daß die Preisschleuderei das Gewerbe ruiniert. Sie wollen ihre Arbeitskraft nicht verschleudern und verlangen auch nicht von den Unternehmern, daß sie die Früchte der Arbeit ohne Nutzen verschleudern. Die Unternehmer müssen aber auch dann die Kirche im Dorf lassen, wenn sie Preisgarantien bekommen. Dann muß das Interesse der Gesamtwirtschaft ebenso im Auge behalten werden, wie das eigene; denn jenes läßt sich nicht ungestraft verletzen. Die Gehilfen dürfen in dieser Beziehung für sich in Anspruch nehmen, daß sie nie den Bogen überspannt haben, daß sie nie auf Kosten anderer sich bereichern wollten. Mögen das die Unternehmer bedenken und danach handeln.

Charlottenburg.

E. L.

### Das Buchgewerbe im Ausland

**Polen.** Es scheint, als ob die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe Polens überhaupt nicht mehr aufzuhalten ist, denn am 15. Oktober wurden bereits 1200 arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt. Danach ist und der vierte Teil der Gesamtmitgliedschaft zur Untätigkeit verdammt. In manchen Druckorten sind es sogar 35 Proz. Die drei beschäftigten Kollegen müssen also einen arbeitslosen unterstützen. Die Folge dieser beispiellosen Arbeitslosigkeit ist, daß alle der Unterstützung dienenden Reserven nunmehr erschöpft sind. In vielen Ortsvereinen sind die Ausgaben größer als die Einnahmen. Da endet jede Abrechnung mit einem Defizit. Um die arbeitslosen Kollegen nicht verhungern zu lassen, besteuerten sich die Mitgliedschaften mit freiwilligen Ertragsbeiträgen, die zwar große Anforderungen an den Opfergeist der Beschäftigten stellen, aber im allgemeinen gern geahndet werden, zumal jeder mit einem ähnlichen Schicksal in diesen schlimmen Zeitläufen rechnen muß. Obendrein wird die Arbeitslosigkeit durch rigorose Maßnahmen der Behörden gegen oppositionelle Druckereien künstlich gesteigert. Unter dem Vorwand fehlender Sicherheit für Leben und Gesundheit der darin beschäftigten Personen wurden schon so viele Betriebe geschlossen, daß die Zahl der dadurch zwangsweise Entlassenen einige Hundert erreicht hat. Allein im Bezirk Posen sind dadurch 335 Personen brotlos geworden. Nicht weniger werden es in Warschau und andern Städten sein. Die regierungsfreundlichen Betriebe dagegen werden unbehelligt gelassen. Dort herrschen immer hygienische Verhältnisse, wenn auch öfter das genaue Gegenteil feststellbar ist. Aber der ehemalige Genosse Wilsudski liebt die „himmlische Kunst“, wie er den Krieg zu nennen beliebt, darum führt er Krieg mit derselben Arbeiterkraft, mit der er in seinen gesunden Tagen leidenschaftlich gegen den Zarismus kämpfte. Das beliebteste Mittel zur Unterdrückung des freien Wortes ist auch in Polen die Zensur. Die Organe, die auf diesem Gebiet geliefert werden, sind ja den Lesern des „Korr.“ bekannt. Aber verwundert waren die Schwarzkünstler doch, als auch sie die Zensur mit der Beschlagnahme des „Informators“, des Mitteilungsblattes der Posener Buchdrucker, beehrte. Schuld daran war der Artikel: „Wer vermehrt die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe?“, in dem die Methoden der Stilllegung von Druckereien gebrandmarkt wurden. — In Lodz verabsandte der Ortsvereinsvorstand Fragebogen an alle Nichtmitglieder, um zu erfahren, aus welchen Gründen sie dem Verband nicht angehören, den Beitrag nicht zahlen oder was sie der Organisation bzw. dem Vorstand vorzuwerfen haben. Die eingegangenen Antworten sollen zur Abstellung etwaiger Mängel in der örtlichen Organisationsleben verwertet werden, damit auch in Lodz, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse andern Druckorten gegenüber nachhinken, der Organisationsgedanke tiefere Wurzeln fäht. — Das bisher zweimal monatlich erscheinende Verbandsorgan „Wladnosci Graficzne“ („Graphische Nachrichten“) erscheinen als Neujahr dreimal monatlich, und zwar am 5., 15. und 25. Tage. Die jährlichen Kosten sollen 18 000 Zloty betragen. Das Organ soll besonders inhaltlich besser ausgestattet werden. Daneben sollen die örtlichen Mitteilungsblätter in Posen, Lemberg und Warschau weiter bestehen. — Nach einer Lohnstatistik werden im graphischen Gewerbe die höchsten Löhne gezahlt. Sie schwanken zwischen 5,76 (Hilfspersonal) und 20 Zloty je Achtstundentag. Den Spitzenlohn erreichen die Seher in Warschau und Lemberg. In den einzelnen Städten werden folgende Minimumlöhne gezahlt: Warschau 115, Lemberg 112, Krakau 100, Schlesiens 106,30, Posen 95, Pomerellen 95, Wilno 79,50, Bialystok, Brest, Grodno, Lublin, Redom usw. 70 bis 75 Zloty. Das Hilfspersonal erhält die Hälfte vordereiner Löhne, aber auch nur dort, wo es eintreten organisiert ist. — Der

eiserne Kollege wurde jet in Warschau statistisch erfasst. Die Linotype ist mit 104 Exemplaren vertreten, die von 282 Maschinenseher bedient werden. 23 Maschinenseher sind arbeitslos. Dem Verband gehören 238 Maschinenseher an, 11 sind im jüdischen Verband. Dazu kommen noch 61 „wilde“, „gelbe“ und sonstige Sorten. Mit je einer Linotype besetzen sich 15 Betriebe, 20 Betriebe mit 2, 6 mit 3, 6 mit 4, 3 mit 5, 7 mit 7 bis 9 Linotypes. In 5 Druckereien stehen 6 Manotypes mit 11 Tastern und 6 Gießapparaten, woran 22 Personen beschäftigt werden, davon 11 Verbandsmitglieder. Der Typograph hat die wenigsten Vertreter: nur vier Maschinen stehen in vier Druckereien. — Um endlich alle „christlichen und nationalen Buchdrucker“ unter einen Hut zu bringen, haben sich zwei gelbe Organisationsaktionen vereinigt und eine neue Firma zugelegt: Berufsverband der polnischen Buchdrucker und verwandter Berufe für die Republik Polen. Der neue Laden mit alten Ladenhütern will apolitisch, jedoch nationale Ideale vertreten und keiner Partei dienen. „Wir sind eine nationale Organisation“, so wird wörtlich verkündet, „sie bewacht die Ideale der polnischen Nation, deren Interessen höher stehen als der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern. Unser Programm geht auf der Linie der nationalen Arbeiterbewegung, der Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital, dieser zwei unentbehrlichen, auf sich angewiesenen Schöpferkräfte der Produktion. Wir sind für eine Arbeitsgemeinschaft mit dem produktiven Kapital, das die nationale Wirtschaft vorwärts bringt.“ Also das apolitische Ideal der aufgewärmten Streikbruchorganisation ist nichts weiter, als den Prinzipalen latenteinigkeit zu dienen und bei Konflikten den eignen Kollegen in den Rücken zu fallen.

### Korrespondenzen

**Magdeburg.** In unserer Versammlung am 22. November fand einleitend die Ehrung von sechs Verbandsjubilaren unseres Ortsvereins, die in diesem Jahre auf eine 50jährige Zugehörigkeit zum Verband zurückblicken können. Es sind dies die Kollegen Dignus, Fieschhut, Gille, Hopfner, Michel und Schreime. Mit dem Vortrag des Freiheitsschors „Lord Polejon“ vom Sängerbund „Typographia“ wurde die Ehrung eingeleitet. Vorsitzender Stier hob bei der Begrüßung die Jubilare die Verdienste jedes einzelnen im Interesse des Verbandes hervor, dankte ihnen für ihre Treue zur Organisation und gab dem Wunsch Ausdruck, daß den Jubilaren noch ein schöner Lebensabend beschienen sein möge. Gleichzeitig überbrachte er die Glückwünsche des Verbandes und des Gewerkschaftsrates unter Überreichung des üblichen Geschenks. Anschließend hietan wurde die Tagesordnung erledigt. Zunächst erhielt die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Mitgliedes. Kollege Schmidt gab den Bericht über die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt und bemerkte hierzu, daß die Ausgaben sowohl im Verband aber auch in der Ortsgasse gegenüber dem Vorjahr um ein ganz Bedeutendes gestiegen seien, und daß sich die Einnahmen infolge der überaus großen Arbeitslosigkeit auch am hiesigen Ort fortwährend vermindern. Ein Antrag des Vorstandes, den Druckereikassieren aus der Ortsgasse eine Entschädigung von 2 Pf. pro abgelieferten Beitrag und Jahr zu gewähren, fand einstimmige Annahme. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen gab der Vorsitzende noch bekannt, daß für die arbeitslosen Kollegen zwecks einer Weihnachtsunterstützung Sammlungen bei den Kollegen in den Betrieben vorgenommen werden. Er forderte in eindringlichen Worten die Anwesenden auf, durch ihre Einzeichnung in die Sammellisten das schwere Los unserer arbeitslosen Kollegen lindern und ihnen damit eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu helfen.

**Berlin.** (Handseher.) In unserer Generalversammlung am 19. November gab Vorsitzender Piesch den Geschäftsbericht, aus dem folgendes hervorgehoben sei: Das abgelaufene Geschäftsjahr stand unter dem Zeichen der schweren Wirtschaftskrise. Betrug die Arbeitslosigkeit im November 1929 857 Handseher, so steigerte sich die Zahl im November 1930 auf 1902 — 27,1 Proz. bei etwa 7000 Handseher. Diese Krise zu meistern war bisher niemand in der Lage. Organisation und Sparte haben aber ihre Möglichkeiten getan, um das Los der Arbeitslosen zu lindern. Trotz reger Agitation haben wir erkmals einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit und Fluktuation sind die Ursachen. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 2823. Das Mitteilungsblatt wurde in eignen Verlag übernommen, eine Lohnstatistik ausgearbeitet, eine Vertrauensmännerkartei angelegt und zahlreiche Betriebsversammlungen besucht. Mehrere Differenzen betreffs Überwecheln von der Maschine zum Handlag wurden im Sinne der tariflichen Bestimmungen beigelegt. Die Berechnungskommission erledigte 47 Arbeiten. Die Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe des Bildungsverbandes war eine gute. Mit einem Hinweis auf unsere Kündigung des Lohnstatistik, die Lohnabnahmemaßnahmen der Prinzipalität, machte Kollege Piesch zum Zusammenschluß in der Sparte und zur Einigkeit in der Gewerkschaft. Den Kassienbericht erstattete Kollege Eichholtz. Die Vereinigung hatte einen Kassienbestand von 7930 M. Der gedruckte Kassienbericht wird den Berliner Mitteilungen beigelegt werden. Die Aussprache über den Geschäftsbericht war eine sehr lebhaft, es beteiligten sich neun Redner daran. Die Opposition war selbstverständlich mit der Tätigkeit des Vorstandes nicht einverstanden. Bemerkenswert waren die Ausführungen des ersten Disziplinierungsberechners, Kollegen Gabe, der der Opposition sagte, ihre zur Wahl eingereichte Vorwahlliste beweise die Rechte der gewerkschaftlichen Arbeit der SPD, die in der Gründung der KGD ihren Ausdruck gefunden hat. Nicht KGD, sondern Betätigung in der Gewerkschaft müsse die Aufgabe auch der oppositionell eingestellten Kollegen sein. Die nachfolgenden Wahlen zeigten, daß die Berliner Handseher dem Vorstand auch weiterhin Vertrauen entgegenbringen. Da die von der Opposition eingereichte Vorwahlliste nicht einmal die benötigte Unterstützung von 50 Stimmen aufbrachte, wurde der gesamte Vorstand auf Antrag aus der Verrechnung per Affirmation wiedergewählt. Auf Antrag des

Vorstandes wurde beschlossen, den arbeitslosen Mitgliedern, je nach der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur Sparte, zum Weihnachtsfest einen Guldschein zum Einkauf von Waren im Werte von 5 und 10 M. bei der Berliner Konsumgenossenschaft zu überreichen. Damit soll eine Unterstützungseinstellung geschaffen werden, sondern wir wollen bei verhältnismäßig guter Kassenlage auch unrer Arbeitslosen gedenken. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach Befragung einiger Vereinsteilnehmer schloß Kollege Piesch die Versammlung mit dem Wunsch, daß auch die kommenden Versammlungen so zahlreichen Besuch aufweisen möchten.

**Berlin.** (Schriftgießer.) Am 17. November fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenwerten Worten zweier verstorbenen Mitglieder. Die Geschäftslage ist unverändert, es wird bei den einzelnen Firmen und Abteilungen 32 bis 45 Stunden gearbeitet. Eine eingehende Würdigung fand die Lehrlingsausbildung einer Firma, deren Lehrling bei der Prüfung das Prädikat „Ausgezeichnet“ erhielt, trotzdem der Inhaber der Lehrlingsprüfungs-kommission angehört und bei den Prüfungen sehr viel von den Auswendigen verlangt. Die Kündigung unseres Lohnabkommens verursachte eine lebhaft Disziplin. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte und nach Schluß der Disziplin einstimmig angenommene Resolution gibt die Stimmung und Ansicht über die Resolution lautet: „Die Generalversammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin fordert auf Grund der Teuerung und der schlechten Wirtschaftslage eine Erhöhung des Tarifs um 20 Proz. Bei Ablehnung dieser Forderung wird die Einführung der Lohnarbeit gefordert.“ Der Kassienbericht, der gedruckt vorlag, schloß mit einem Defizit ab. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Als Vertreter im Gewerkschaftsrat für das neue Geschäftsjahr wurde Kollege Rönne einstimmig gewählt. Dem aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Kollegen Kiese, der dieses Amt eine ganze Reihe von Jahren innehatte, sprach der Vorsitzende Dank aus. Die Westinghousintarife, die in jeder Stadt anders sind, sind jetzt zusammengestellt und können jederzeit beim Vertreter der Westinghousinarbeiter eingesehen werden. Der Kassierer der Zentralkommission gab sodann einen Situationsbericht über den Mitgliederbestand und den Stand der Arbeitslosen. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten bildete den Schluß der sehr gut besuchten und anregenden Versammlung.

**Darmstadt.** (Maschinenseher.) Am 23. November fand hier unsere letzte diesjährige Versammlung statt. Vorsitzender H. Schulz konnte 23 Mitglieder begrüßen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde beschlossen, einem invaliden Kollegen eine Weihnachts-spende von 30 M. zu übermitteln; die Arbeitslosen sollen je 20 M. erhalten. Des weiteren wurden die Ausgaben anlässlich der Wanderversammlung nachträglich genehmigt. Zur Kündigung des Lohnstatistik nahm der Vorsitzende in längeren Ausführungen Stellung. In der nachfolgenden Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei dem kommenden Lohnkampf alles getan werden müsse, um die Arbeitsbestrebungen der Unternehmer zu vereiteln. Es folgte wiederum ein Vortrag des Kollegen K. A. R. Müller über „Neuerungen an der Linotype“. An Hand von einigen Maschinenteilen und mehreren Photographien, die von der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik zur Verfügung gestellt waren, erläuterte er alles Wissenswerte von den Anfängen der Sechsmaschine bis zum heutigen Stande der Entwicklung. Zu bemängeln war jedoch, daß die Maschinenteile erst am Tage vorher hier eingetroffen waren, so daß dem Redner keine Möglichkeit gegeben war, sich in das dar-gebotene Material einzuarbeiten. Auch wäre es wünschenswert, die beigegebenen Bilder mit einer kurzen Beschreibung zu versehen. Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Auch der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik dankten wir an dieser Stelle nochmals. Es soll versucht werden, einmal einen Vortrag über die „Intertype“ zu veranstalten, da hierfür allseitig Interesse vorhanden ist.

**Dortmund.** (Graphisches Kartell.) Anlässlich der bevorstehenden Lohnverhandlungen fand hier am 7. Dezember eine gemeinsame Kundgebung der freigewerkschaftlichen graphischen Verbände statt. Es galt, zu den Lohnabnahmestrebungen der gewerblichen Unternehmer Stellung zu nehmen und die Empörung der graphischen Arbeiterkraft darüber rechtzeitig in die Bahnen geordneter Kampfführung zu lenken. Im Rahmen der Kundgebung referierte Kollege Ehr. Fette (Duisburg) über das Thema „Die Lohnabnahmestrebungen der Unternehmer und der Reichsregierung und wir graphischen Arbeitnehmer!“. Der Referent erläuterte die Bestrebungen der Reichsregierung, durch einen allgemeinen Lohnabbau eine Preislenkung herbeizuführen, ein Bestreben, das zwar den Arbeitnehmer ganz erheblich belaste, demgegenüber aber keine fühlbare Entlastung des Arbeiters auf dem Gebiete der Stärkung seiner Kaufkraft herbeiführe. Der Erfolg sei lediglich Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten. Die Regierung leiste damit den Interessen der Unternehmer willfährige Dienste. Daß auch unsere gewerblichen Unternehmer diesem allgemeinen Zug der Zeit folgen und sich Erfolge versprechen, bedürfte wohl keiner Erörterung. Dielem Wirwar an Wirtschaftstheorien und Heilslehren der Unternehmer und ihrer Regierung Brüning-Steinwald konnte der Referent die klaren eindeutigen Forderungen der freien Gewerkschaften gegenüberstellen. Dort unverschlüsselt Lohnraub und Plüß, das Bestreben nach rückwärtsloser Ausnutzung der Wirtschaftskrise, hier praktische Vorschläge zur Befriedung und Überwindung der Auswirklungen. Der Vortrag wurde äußerst beifällig aufgenommen und antragsgemäß auf eine Diskussion verzichtet. Der Wille der Versammelten wurde in folgender Entschlußfassung niedergelegt: „Wir freigewerkschaftlichen Gehilfen, Hilfsarbeiter und -arbeitenden der Dortmunder Druckereien haben die Lohnraubgepläne der gewerblichen Unternehmer zur Kenntnis genommen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie des wüßigen Bestandes der Reichsregierung Brüning-Steinwald sowie der von ihr beeinflussten Schlichtungsbehörden gewiß sein dürfen. Die Gewerkschaften stehen allein! Nur durch den bedingungslosen und rechtzeitigen Einsatz ihrer Macht kann der allmächtige Zu-

Jammenbruch aller Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindern werden. Wir fordern von unsern Verbandsvorständen, daß sie in jeder Stunde der kommenden Tage bereit sind, mit dem Einsatz unserer Macht die Gefahr des Lohnabbaues zu bannen. Lieber den Streit, als geringeren Lohn zugunsten der Unternehmerprofite. Wir fordern den Angriff! Zwanzig von hundert Kollegen sind ohne Arbeit und Brot; weitere zehn von hundert Kollegen hungern sich mit kurzarbeitelöhnen durch. Diesen Opfern der privatkapitalistischen Wirtschaftsform wieder Arbeit und Lohn zu verschaffen, ist unerlässliches und vornehmstes Gebot. Der Weg zur Arbeit ist alle führt nur über die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verbandsvorstände sind unserer geschlossenen Gefolgschaft sicher, wenn sie den Kampf für die volle Erhaltung des geltenden Lohnes und für die Verkürzung der Arbeitszeit mit unachgiebiger Entschlossenheit führen. Kein Abbau! Kein Rückschritt! Vorwärts mit unsern starken Verbänden; wenn es sein muß, zum offenen Kampf!"

**Dortmund.** (Handsetzer.) Unser Bezirk hielt am 9. November seine Vierteljahrsversammlung ab. Sie war als Wanderversammlung ausgerufen und die Kollegen der Bezirke Hagen und Bochum dazu eingeladen worden. Nach der Eröffnung der Versammlung durch den zweiten Vorsitzenden E. B. Rath sowie nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und des Kassenberichts, der von ganz gesunden Finanzverhältnissen zeugte, hielt der Kassierer der Gauvereingung, Kollege S.emann (Köln), einen prägnanten Vortrag über das Thema „Rückblick und Ausblicke eines Handsetzers“. In der nachfolgenden sehr regen Aussprache kam auch der drohende Lohnabbau zur Sprache. Alle Diskussionsredner brachten immer wieder zum Ausdruck, daß der Zusammenhalt der Kollegen alles bedeutet. In diesem Sinne klang auch das Schlußwort des Referenten aus.

**Dresden.** (Korrektoren.) Am 22. November besaßen sich auch die Dresdener Korrektoren in ihrer Versammlung mit dem vielumstrittenen Problem der Kleinzeile. Sie hatten den Bildungsverband als bekanntem Befürworter dieser Idee eingeladen, dessen Vertreter sich auch äußerst richtig dafür einsetzten. Als Referent war Herr Schulleiter H. Krause vom „Dresdener Lehrerverein“ gewonnen worden, der das Heil für unser Volk, vor allem der lernenden Jugend, nicht nur in der Abschaffung der Großbuchstaben, sondern auch in der Streichung aller Dehnungszeichen sah. Als weiteren Fortschritt empfahl der Redner die Entfernung aller überflüssigen Buchstaben, so des c, des y. An Stelle des eu wünschte er nur au oder oi. Statt ch schreibe man f, wenn es die Aussprache erfordert, d verwandele sich in t, d am Ende des Wortes werde zum t, aus ts entsetze z, Schlußs verwinde ganz; auch weg mit der ganzen „konserativen“ Frakturchrift! Viele Kinder schreiben in der angegebenen Weise, darum: Schreibe falsch, damit du richtig schreibst! An Stelle der Zeitverwendung durch die Schreiverlernbarkeit und Kompilziertheit der bestehenden Rechtschreibung könne mehr Allgemeinwissen gelehrt werden. Wie nach der Reichsverfassung alle Macht vom Volke ausgehe, so solle auch die Kleinzeile vom Volke ausgehen, und die Regierung brauche sie nur noch zu sanktionieren. In der Aussprache äußerte sich eine ganze Reihe Kollegen im allgemeinen zustimmend. Vor allem sekundierten die Vertreter des Bildungsverbandes dem Vortragenden in allen Punkten. Ein Redner glaubte die Großbuchstaben auch als Vertreter des Autoritätsgedankens ablehnen zu müssen. Sie lehnten jede Autorität ab, also auch in der Schrift. Der Vorsitzende der Maschinenlehrepartei vertrat den entgegengekehrten Standpunkt und befürchtete, daß man mit dieser Umwälzung aus dem Regen in die Traufe komme. Großbuchstaben erleichterten das Lesen. Er wünschte nur die größten Mängel beseitigt. Eine Anzahl Korrektorenkollegen war aber von den Vorschlägen des Referenten eingenommen und betonte die Notwendigkeit eines durchgreifenden Wandels auf rechtschriftlichem Gebiet. Unser Vorsitzender warnte vor allzu freudigem und blindem Hineinspringen in den Radikalismus. Es bedürfe zeitlicher Überlegung, ehe man im Laufe der Jahrhunderte sich entwickeltes, das in die Menschheit hineingewachsen sei, mit einer Handbewegung über Bord werfe. Für Verbesserungen seien die Korrektoren immer zu haben, aber das Rad mit dem Bade auszuschütten, werde nie gut bekommen. Eine Entschließung, die aber in letzter Minute wieder zurückgezogen wurde, forderte eine wesentliche Vereinfachung der Rechtschreibung, die sich aber nur durchsetzen könne, wenn breite Volksschichten sich selbst rührten und nicht auf die amtlichen Stellen warteten.

**Duisburg.** (Maschinensetzer.) Die Maschinensetzervereinigung des Bezirks Duisburg hielt am 23. November in Freimersheim ihre Quartalsversammlung ab. Der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig. Unter „Geschäftlichem“ brachte der Vorsitzende ein Rundschreiben der Gauvereingung zur Verlesung und knüpfte hieran die Mahnung, die Versammlungen zahlreicher zu besuchen, denn gerade in heutiger Zeit sei ein enger Zusammenhalt unbedingt notwendig; auch daß er die Erwerbslosen, sich in den Versammlungen einzufinden, damit die Verbindungen nicht verloren gingen. Ein Vortrag über die Intertypen sei für Anfang 1931 in Aussicht genommen. Des weiteren machte der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Anton Kiewitz 25 Jahre der Vereinigung angehört, beglückwünschte ihn und erklärte, daß die Ehrung des Jubilars in der Generalversammlung stattfinden. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Der vom Kollegen Danhäuser gegebene Kassenbericht wurde genehmigt und ihm Entlastung erteilt. Für die konditionslosen Maschinensetzer und für die Witwen bewilligte die Versammlung als Weihnachtsgeldent je 10 M. Der Vorsitzende gab hierauf den Bericht von der Versammlung der Gauvereingung in Hagen und erklärte, daß im Gau Rheinland-Westfalen 95 Maschinensetzer stellungslos seien.

**Effen.** (Handsetzer.) Zu unserer Versammlung am 8. November hatten sich nur wenige Kollegen eingefunden, so daß wir nur einige informativische Angelegenheiten erledigen konnten. Vorsitzender H. Eckhäuser erläuterte die Lohnabbaumaßnahmen bei einigen Großfirmen des Ortes, insbesondere bei der Firma Citardet, und die Stellungnahme unserer Sparte dazu. Wenn schon Lohnabbaumaßnahmen bei letzterer Firma nicht zu umgehen gewesen wären, so hätte doch durch den Betriebsrat ein Mobus gefunden werden müssen, der verhinderte, daß

der Abbau bei den Buchdruckern des Betriebes, wie geschehen, sich hauptsächlich auf die Handsetzer beschränkte. Zur Frage des Materialauslaufes gab der Vorsitzende Kenntnis, daß der Vorstand ein Rundschreiben an die hiesige Geschäftszeit verfaßt hat, in welchem gebeten wird, im Interesse der arbeitslosen Handsetzer von der Infektion durch Materialablauf zu nehmen. In der Beantwortung sagten eine Reihe Firmen ihre Unterfertigung im gewünschten Sinne zu. Der Vorsitzende betonte, daß die Materialangeliegenheit mit diesem Rundschreiben nicht abgeschlossen sein dürfe, sondern die Organisation, gleich wie in anderen Orten, sich damit befassen müsse. Kollege Bongers konnte in seinem Kassenbericht eine erfreuliche Festigung unserer Kassenverhältnisse mitteilen. Eine unerfreuliche Tatsache haben wir dadurch zu verzeichnen, daß eine Anzahl Kollegen in Berkenen der Bestrebungen und Ziele unserer Sparte im Zusammenhang mit dem Lohnabbau bei Citardet dieser den Rücken gekehrt hat. Bestlossen wurde, erneut ein Rundschreiben an die Handsetzervereine in dem Bezirk herauszugeben, in dem zum Beitritt zur Sparte aufgefordert wird. Mit der Aufforderung, in den Betrieben für unsere Sparte zu werben, schloß die Versammlung ab.

**Gießen.** Inre Herbst-Bezirksversammlung fand hier am 30. November statt. Vorsitzender Moutarde begrüßte mit herzlichen Worten die zahlreich erschienenen Kollegen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über das letzte Halbjahr sei erwähnt, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk stark verschlechtert haben. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen stieg von 35 auf 80, ebenso fiel Kurzarbeit ein. Auch wurde versucht, in einer Druckerei in Friedberg den über Tarif entlohnerten Gehilfen etwas abzumöpsen, was aber abgelehnt wurde. Wegen Erhöhung des Verbandsbeitrags um 20 Pf. sind in Buchbach drei junge Kollegen aus dem Verband ausgetreten. In Widda wurden den Lehrlingen verboten, sich der Lehrerschaft anzuschließen. Längere Ausführungen wurden auch zur kommenden Lohnstarifverhandlung gemacht. Im Laufe der Diskussion wurde folgende Resolution eingebracht, die einstimmig Annahme fand: „Die trostlose Wirtschaftslage, die von Tag zu Tag deutlicher in Erscheinung tritt und Millionen von Arbeitsbrüdern und deren Angehörige der vollständigen Verelendung preisgibt, treibt zur Katastrophe. Um Verzweiflungstaten der Weisheitslosen zu verhindern und die Einheit der Arbeiterfront zu sichern, ist verstärkte Aktivität der Arbeiterschaft unter Führung der Gewerkschaften das Gebot der Stunde. Einig in der Beurteilung der verwerflichen Methoden der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition, fordern die Versammelten, im Glauben an die enge Verbundenheit der Organisationsleitung mit ihren Mitgliedern, die sofortige Einföhrung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausfall, zwecks Einkhaltung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess. Insbesondere erwarten sie vom Verbandsvorstand und den Untereinheiten auf Arbeitnehmerebene bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen unerzittlichen Klassenkampf. Das Zustandekommen einer Lohnverföhrung, die die Kollegen in ihrer Existenz weiter bedrohen würde, wäre gleich bedeutend mit einem Schlag ins Gesicht. In dem Vertrauen auf ihre Fähigkeiten, die Verammelten, auch bei Anwendung eines leichten gewerkschaftlichen Mittels, planmäßige Geföhrnisse zu verhindern. Nach dem Bericht der Kollege Thein als Angebotsmöglichtigsten und Schneider für den Sachausblick folgten die Berichte der einzelnen Ortsvereine aus denen zu entnehmen war, daß die tariflichen Verhältnisse im allgemeinen gut sind. Fast überall herrscht aber Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vor. Die Firma Bed (Herborn) ist immer noch das alte Schmerzenskind im Bezirk. Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, erläuterte Kollege Volk. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Kollege Thein stellte folgenden Antrag, der einstimmig Annahme fand: „Allen Kollegen, die sich zu untertariflichen Bedingungen anbieten bzw. arbeiten, wird im Fall einer Klage Rechtschutz nicht gewährt.“ Über Punkt „Geldbewilligung“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die Versammlung beschloß, allen Invaliden und arbeitslosen Kollegen einen Betrag als Weihnachtsgeldent aus der Bezirkskasse zu bewilligen, ebenso erhalten alle in der Versammlung anwesenden Invaliden und Arbeitslose einen kleinen Betrag aus der Kasse. Der Vorstand blieb bis auf einen neugewählten Vertreter in der alten Besetzung bestehen. Die Frühjahr-Bezirksversammlung findet in Grünberg statt.

**Hamburg.** Inre außerordentliche Generalversammlung am 7. Dezember hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Vorsitzender Fr. Kuntzler widmete zunächst drei verkörborten Kollegen ehrende Worte des Gedenkens. Arbeitslos sind zur Zeit 402 Seher, 179 Drucker, 33 Maschinensetzer, 40 Schweizerdegen, 12 Stereotypisten, 40 Korrektoren, 28 Gelehrer; insgesamt 758 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Kollege Kuntzler an den Kollegen Kuntzler die Anfrage, ob er für die heutige Versammlung ebenso wie für die beiden letzten um politische Schutz nachgesucht habe. Kollege Kuntzler erklärte, daß der Vorstand noch nie und auch heute nicht politische Schutz der Versammlung verlangt habe. Wer so etwas behaupte, sage die Unwahrheit. Eine Umföhrung der Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag des Kollegen Leppert, die gesammelten Gelder für die Erwerbslosenpeilung nicht mehr dem Arbeiterrat Groß-Hamburg, sondern dem Gauvorstand zu überweisen, wurde, nachdem sich Kollege Kuntzler dagegen ausgesprochen, weil nicht im Interesse der Erwerbslosen liegend, abgelehnt. Kollege Lohner befragt zunächst eine innere Vereinsangelegenheit und wies dann darauf hin, daß durch das Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ unser ohnehin großes Arbeitslosensheer weiter vergrößert würde. Er erludte den Vorstand, Schritte zur Aufhebung des Verbots zu unternehmen. Sodann wurde ein vom Kollegen Cort begründeter Antrag des Vorstandes, den Invaliden, Durchreisenden und Witwen je 10 M. als Weihnachtsgabe zu gewöhren, einstimmig angenommen. Die Auszahlung der Ertraunterfertigung soll erfolgen: am 19. Dezember für die Witwen, am 23. Dezember von 9 bis 12 Uhr für die Invaliden und am 23. Dezember von 1 bis 4 Uhr für die Erwerbslosen. Am 24. Dezember soll das Büro für jeglichen Verkehr geschlossen bleiben. Für einen aus dem Vorstand ausgeschiedenen Kollegen wurde Kollege G. Stoll mit 667 Stimmen als Beisitzer gewöhlt. Kollege M. Schütz begründete nun einen

Antrag auf Aufhebung der in der letzten Generalversammlung beschlossenen Besteuerung jeder Aberstunde. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag abgelehnt. Kollege Kuntzler begründete sodann den Antrag des Vorstandes auf Ausschluß des Kollegen E. Czwalina wegen Agitation für die K.G.D. Nach eingehender Aussprache, an der sich neben Czwalina noch vier Redner beteiligten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach Bekanntgabe durch die Zählkommission erfolgte der Ausschluß mit 713 gegen 570 bei 27 unglückigen Stimmen und sehr vielen Stimmenthaltungen auf Grund des § 10 Absatz 1b der Verbandsstatuten. Hierauf nahm Kollege Kuntzler zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen das Wort. Er ging auf die augenblickliche Lage im Gewerbe ein, enthielt sich aber jeder Voraussage über den eventuellen Verlauf der Verhandlungen, und lehnte zum Schluß ab, mit einem gebundenen Mandat zu den Verhandlungen zu gehen. Die Verhandlungskommission werde alles tun, um die Interessen der Kollegenschaft wahrzunehmen. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich sechs Kollegen. Von drei eingereichten Entschlüssen wurde die folgende angenommen. „Die am 7. Dezember im Gewerkschaftshaus versammelten Buchdrucker Groß-Hamburg bringen zum Ausdruck, daß sie den kommenden Lohnstarifverhandlungen in aller Ruhe, aber auch mit dem Bewußtsein entgegensehen, daß irgendwelche Lohnabbauverluste im deutschen Buchdruckergewerbe an der einmütigen Ablehnung und an der bis zur äußersten Konsequenz bereiten Entschlossenheit der Kollegenschaft scheitern müssen. Sie erwarten deshalb, daß bei den zweifellos nicht leichten Verhandlungen der Arbeitgeber der volle Ernst der Situation durch ihre Verbandsinstanzen vor Augen geführt wird, dahingehend, daß die Kollegenschaft nicht gewillt ist, sich irgendeine Lohnreduzierung aufzwingen zu lassen, um so weniger, als die breite Masse des Volkes gegenwärtig einem schonungslosen Steuerdruck ausgesetzt und von einem merkbaren Preisabbau praktisch nichts zu spüren ist. Die Kollegenschaft Groß-Hamburg steht Mann für Mann und mit allen Opfern bereit hinter den Maßnahmen ihrer Verbandsleitung.“ Nach einer kurzen persönlichen Auseinandersetzung fand die von etwa 1800 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Hürben.** In unserer 13. Versammlung am 5. Dezember wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Anschließend sprach Vorsitzender Grösch zur gegenwärtigen Lage und zu den Lohnverhandlungen. Er führte ungehört folgendes aus: Theoretisch und Praktisch bemühen sich, einen Ausweg aus dieser schweren Wirtschaftskrise zu finden, vor allem aber wollen sich beide Kategorien Verdienste erwerben durch die Behebung der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und einen Ausgleich der dadurch sinkenden Löhne haben die Gewerkschaften einen Weg gezeigt, der gangbar wäre, denn es wurde errechnet, daß durch diese Maßnahme gut 1 bis 1½ Millionen Arbeitslose wieder dem Produktionsprozess zugeführt werden könnten, und daß dadurch auch die Kaufkraft, mithin auch die Wirtschaft einigermaßen gehoben werde. Außerdem wurde die Forderung gestellt, einen merzlichen Preisabbau herbeizuföhren. Den Unternehmern ist es leider nicht zu ernt, um das Wohl des deutschen Arbeiters und „Volksgenossen“ denn sie verlangen selbst heute, in der Zeit größter Arbeitslosigkeit, eine Arbeitszeitverlängerung, sie fordern die Beseitigung des „starken Achtstundentages“ und entsprechenden Lohnabbau, was zwangsläufig zur Folge haben wird, daß noch mehr unserer Arbeitsgenossen auf die Straße fliegen, wodurch natürlich die deutsche Wirtschaft noch weiter in erheblichem Maße geschädigt wird. Auch von einer einzuföhrenden Arbeitsdienstpflicht unter militärischem Drill wird gesehlt. Die organisierte Arbeiterschaft wird es verhindern müssen, daß Deutschland der Boden für eine staatlich organisierte Streikbrecherbande wird. Zu unserer Lohnbewegung übergehend, betonte Kollege Grösch, daß die Buchdrucker einen ihnen aufgewungenen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln führen werden. Eine lebhafteste Diskussion brachte die Abstimmung über die Absichten der Unternehmer zum Ausdruck, und folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die Hürbenberger Kollegenschaft nahm in der Versammlung am 5. Dezember, die äußerst stark befehzt war, Stellung zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Sie wendet sich in letzter Stunde an den Verbandsvorstand und die Tarifunterhändler und bringt ihren Willen im Nachstehenden zum Ausdruck. Wir lehnen einen Lohnabbau so lange ab, als diesem nicht ein wirksamer, sichtbarer Preisabbau vorausgegangen ist. Wir unterwerfen uns keinem vorbedingungslosen Schiedspruch, da wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Zutrauen zu den Schlichtungsinstanzen und ganz besonders zum gegenwärtigen Reichsarbeitsminister haben. Wir bringen weiter zum Ausdruck, daß wir gewillt sind, den zentralen Kampf aufzunehmen, wenn auf der Gegenseite nicht die Bemühten Einkehr halten sollte. Wir vertrauen auf unsere Führer, warnen sie aber ernstlich, in die Taktik der Nachgiebigkeit zu verfallen. Wir sind gerüstet!“ Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die von erstem Buchdruckergeist getragene Versammlung geschlossen.

**Allgemeine Rundschau**

**Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe.** Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat November erstreckte sich auf 204 Berichtsstellen. 25 von diesen mit 4300 Mitgl. Der landten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 91 300 (ohne Saargebiet und Prellant Danzig). An Arbeitslosen wurden gezöhlt 17 584 (gegen 17 844 im Oktober). Verkürzt arbeiteten 3558 (gegen 4222 im Oktober), und zwar bis zu 8 Stunden 2365, 9 bis 10 Stunden 924, 17 bis 24 Stunden 554, 25 und mehr Stunden 13 Mitglieber.

**Sprachkurse in Groß-Berlin.** Anfang Januar 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitg beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur

Dedung der Unkosten wird für einen Kurs ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Schulen unentgeltlich geliefert. Die Sprachschule befindet sich seit dem 1. Dezember im Norden Berlins und zwar: N 54, Kojenbäcker Straße 13. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich erfolgen.

**Einkbruchsdiebstahl.** Wie uns aus Gräfenhainichen mitgeteilt wurde, drangen dort in der Nacht zum 1. Dezember Einbrecher in die Wohnung des Ortsverordnungsbeamten ein, der zu einem Vergewaltigten gegangen war. Die Diebe ertrugen den Schreieffekt und raubten daraus eine Stahlkassette, in der sich über 400 M. Verbandsgelder befanden. Es können nur Personen als Täter in Frage kommen, die mit den näheren Verhältnissen vertraut sind. Die sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen haben bisher noch kein Ergebnis gezeigt.

**Gefehlerte Lohnverhandlungen in der Papierindustrie.** Die Verhandlungen zur Neuregelung des Lohnabkommens, die am 6. Dezember zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter der papiererzeugenden Industrie stattfanden, sind gescheitert. Nimmehr wird sich das Tarifamt in Berlin nochmals mit der Angelegenheit zu befassen haben. Die Unternehmer verlangen eine Herabsetzung der bisherigen Löhne um 12 Pro. Es wurde von ihnen vorgeschlagen, den Tarif, der von Januar bis Oktober 1927 Gültigkeit hatte, wieder in Kraft treten zu lassen. Dadurch würden die bestehenden Lohnsätze um 17 Pro. herabgemindert.

**Die schwere deutsche Spral.** Im „Gutenberg“, dem tschechoslowakischen Verbandsorgan, wurde folgende heitere Geschichte von zwei Polen in Oberhessen erzählt: Kommt Antet zu Franzel und sagt: „Weißt du, bin ich betrübt und im Grunde, muß ich machen Bescheidprüfung. Wird verlangt vor allen Dingen Rechtschreibung und macht mir schwer große und kleine Buchstaben.“ Sagt Franzel: „Is nicht so schlimm. Also was du kannst anfangen, schreibst du groß, was du nicht kannst anfangen, schreibst du klein. Maache ich dir klar an Beispiel: Der Hund sitz hintern Den.“ Also der? kannst du nicht anfangen, schreibst du klein. Hund kannst du nicht anfangen, heißt, schreibst du klein. Sitz kannst du anfangen, schreibst du groß. Hintern kannst du nicht anfangen, schreibst du groß. Und „Den“ kannst du nicht anfangen, is heißt, schreibst du klein.“ Diejenen probaten „Mastkäse“ verdient die Parole des Vorsitzenden des „Dresdener Lehrervereins“ an die Seite gestellt werden: Schreibe falsch, damit du richtig schreibst! (Siehe den Bericht aus Dresden in heutiger Nummer.)

**Aus dem Naziparadies Italien.** Im „Reise- und Bäderanzeiger“ der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 14. November d. J. wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Italienreise eine gebrauchte Kamera mitnehmen dürfen. Zu beachten ist aber: So heißt es weiter, daß im italienischen Sidritort das Fotografieren an der Grenze teilweise verboten, teilweise eingeschränkt ist. Es ist also Vorsicht geboten. Aufnahmen von Personen der ärmern, gerumpelten Bevölkerung sind untergrat! „Dieses Landesverbot spricht Wände für die „herrlichen Zeiten“, denen das italienische Volk durch den Faschismus entgegengeführt worden ist. Möge es der fortschreitenden Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse und insbesondere der klugen Kritik ihrer politischen Vertretung im Reichstag gelingen, gleiches Unheil durch die italienfreundlichen Stahlhelmer und Nazis von Deutschland fernzuhalten!

**Vorsicht mit Originalzeugnissen.** In einem interessanten Rechtsstreit wurde kürzlich vom Arbeitsgericht Wiesbaden und vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. entschieden. Der Sachverhalt war folgender: Auf eine Anzeige in einer Zeitung, in der die Stelle eines Betriebsleiters ausgeschrieben war, bewarb sich ein Fachmann, der Kläger, um die ausgeschriebene Stelle. In der Anzeige war bemerkt, daß Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften

einzureichen sind. Der Kläger sandte jedoch der Beklagten in einem Einschreibebrief ein Bewerbungsformblatt und fügte diesem 20 Originalzeugnisse bei. Der Kläger betam trotz wiederholter Reklamationen seine Originalzeugnisse nicht zurück. Er klagte nun beim Arbeitsgericht Wiesbaden auf Herausgabe der Originalzeugnisse und im Nichtleistungsfalle auf Zahlung einer Schadenssumme von 5022 M. Er machte geltend, daß die Beklagte seine Zeugnisse nicht sorgfältig aufbewahrt und dadurch den Verlust der Zeugnisse verschuldet habe. Durch Urteil des Arbeitsgerichts Wiesbaden ist die Beklagte verurteilt worden, an den Kläger 1500 M. zu zahlen. Die Beklagte legte gegen dieses Urteil rechtzeitig Berufung ein. In der Berufungssitzung wurde die Beklagte vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. verurteilt, an den Kläger 1200 M. zu zahlen. In den Entscheidungsgründen des Landesarbeitsgerichts heißt es u. a.: Die Beklagte hatte durch ihre Auforderung zur Einfindung von Bewerbungen und Zeugnisabschriften die Verpflichtung übernommen, die von den Bewerbern eingesandten Zeugnisse sorgfältig aufzubewahren und sie vor dem Verlorengehen zu schützen. Sie hatte weiter dadurch die Verpflichtung übernommen, die Zeugnisse an die Bewerber zurückzugeben, falls sie für die ausgeschriebene Stelle nicht in Betracht kamen. Die Beklagte haftet für den Schaden, der dem Kläger durch den Verlust seiner Zeugnisse entstanden ist. Ohne weiteres muß angenommen werden, daß die Zeugnisse für den Kläger sehr wertvoll waren, da er eine Spezialausbildung genießen hatte und nur durch die Zeugnisse den Nachweis seiner speziellen Vorbildung erbringen kann.

**Frontkämpferente für eläufliche und langjährige Kriegsteilnehmer.** Vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten wird berichtet, daß durch Dekret vom 4. November 1930 die französische Republik auch solchen ehemaligen Frontkämpfern die Frontkämpferente zuerkannt hat, die während des Krieges in den Reihen der deutschen Armee standen und nach dem Kriege als gebürtige und bodenständige Essäfer und Voßbringer die französische Staatsangehörigkeit erworben haben. Diejenigen Frontkämpfer, die 1875 und früher geboren sind, können ihre Rentenantrag sofort stellen; diejenigen, die zwischen 1876 und 1880 geboren sind, vom 15. Dezember d. J. an, alle andern vom 1. Januar 1931 an. Voraussetzung für die Gewährung der Frontkämpferente ist aber, daß der Antragsteller das 50. Lebensjahr überschritten hat und entweder während mindestens drei Monaten als Frontkämpfer an den Kriegesoperationen teilgenommen hat, das heißt während mindestens drei Monaten an der Front gewesen ist; oder eine Kriegsverwundung erlitten hat; oder, falls er nicht während drei Monaten an der Front war, infolge einer Verwundung oder einer im Dienst zugezogenen Erkrankung von der Front zurückgezogen worden oder in Gefangenenschaft geraten ist; oder, falls er keine dieser Bedingungen erfüllt, anderweitig die Frontkämpfereigenschaft erworben hat. Diese Eigenschaft muß nach vorhergehender Prüfung durch das Office National du Combattant und seine zuständigen Departementsauschüsse vom Pensionsminister anerkannt werden. Es kommen als Ruhiger des Dekrets vom 4. November 1930 in Betracht diejenigen französischen Bürger, die obige Bedingungen erfüllen und die französische Staatsangehörigkeit in Ausführung des Lebensvertrages erworben haben. Die Rente beträgt jährlich 500 bzw. 1200 Fr.

**„Alta-Mod-Plaum, die Zwerg.“** Der Verlag W. W. Baunack & Co. („Volksstimme“, Magdeburg) hat den Büchermarkt wiederum um ein prächtiges Kinderbuch bereichert, das, ein modernes Märchen mit starkem sozialen Gehalt, auch Erwachsenen viel Freude macht. Ein sozialer Kindermärchenroman in netter und kindlich verpackter Form. Das in Duerfornat gehaltene, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet 2,50 M.

**Patentwesen**

- Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Postenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Erfindungen bereitwillig erteilt.
- Einspruchssticht für die Patentanmeldungen: 4. Februar 1931.
- Patentanmeldungen (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 4. Dezember 1930):
- M. 156 N. 73 4400 Doppel-Neuspauper-Modellier-Coroplaston, New York, Vorrichtung zum Sichern von halb-automatischen Schreibmaschinen.
- M. 156 N. 80 240 Schmelzschmelzmaschine für Papierrollen, Frankfurt (Main), Vorrichtung zum Aus- oder Ueberführen von Boggen.
- M. 156 N. 78 072 Walter Charles Scott, Plainfield, New Jersey, U. S. A., Vorrichtung zum Aufleben einer ablaufenden Papierbahn an eine neue Papierbahn mittels gealterter Hydrokollagen beim Papierrollenwechsel mit automatischem Maschinenlauf.
- M. 156 N. 111 293 Konstantin Kögl, München, Sicherheitsvorrichtung für Längsdruckpressen.
- Patenterteilungen:
- M. 156 514 672 John Christie Palmer, Toronto, Kanada, „Wegensicherungsverordnung“.
- Gebrauchsmuster:
- M. 156 1 140 353 Intertrac Corporation, Brooklyn-New York, „Matrizen- und Hellenzeilmaschine, bei der die Bewegung des Sammlerschichtens während des Gesens einer Zeile durch die Umstellung der beweglichen Schichtlände bezogen wird.“
- M. 156 1 148 300 Hermann Ulrich, Leipzig, „Magazinreihender Gebrauchsgegenstand“.
- M. 156 1 148 035 Hans Höbel jun., Leipzig, „Mit Schriftschelen verbundene oder bedienbare Heißluft zur Reinigung der Fäden von Schriftschelen“.
- M. 156 1 148 380 Emil Wöhler, München, Gießerei, „Abflußvorrichtung für Bronzierenmaschinen“.

**Briefkasten**

**St. in St.** Was die heuchelhaft Mordverurteilung betreffen hier keine Bedenken. E. E. in Hdr. Ablehnung geht nur für die gegenwärtige Zeit. Im nächsten Jahre wird hoffentlich mehr Bewegungsfreiheit gegeben sein; dann könnte Mordun möglich sein. Wollen also die Sache zurückziehen. — E. G. in St. Das Verbrechen ist verurteilt. Dant und Vred. — E. G. in St.: Jul. 280: 8,25 M. — G. M. in St.: Jul. 285: 9 M. — G. in St.: Jul. 284: 6,40 M. — G. E. in St.: Jul. 288: 7,80 M.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 191, 8141 bis 3145, Antifone: Bank der Arbeiter und Bediensteten, Berlin SW 4, Baitstr. 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1028 87 (S. Schmitt).

**Leise- und Arbeitslosenunterstützung**

**Hausverwaltung.** Der ausgesparte Kollege Walter G. ist aus Berlin vertrieben, hat auf der Four-Verbandsbüro bis Berlin sein Verbandsamt „Sinnlos“ verloren. Das Buch wird hiermit für unzulässig erklärt. Ist bei Vorweisung abzugeben und dem Hauptverwalter Robert O. C. in Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, einzusenden.

**Verammlungskalender**

- Annaberg-Buchholz, Versammlung Montag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volksklub“ zu Annaberg.
- Dresden, Korrektorenversammlung Montag, den 20. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Volksklub“, Ribbenstraße (unter Ebn 1).
- Gera, Versammlung Montag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, im „Frühling“, Restaurant „Sanktbar“, Paroßstraße.
- Gräfenthal, Generalversammlung Montag, den 28. Dezember, vormittags 9 Uhr, bei Ger.
- Falkenberg, Generalversammlung Montag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsklub“.
- Martensdorf, Versammlung Montag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, im „Sachsen“, Eisenstraße.
- Plauen, Versammlung Montag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsklub“, „Schillerarten“, Kaiserstraße 95.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Spaltenbreite der Zeile für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art. **Anzeigen** Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26470

**Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker**  
(gegründet 1873)

Unsere Dezemberversammlung am 21. beginnt nachmittags pünktlich 4 Uhr, weil jeder Kollege um 10 Uhr die Januarversammlung besuchen muß. Abendspunktlich 8 Uhr: Dinner der Weihnachtsfeier.

Am Sonntag, dem 14. Dezember: Sekterfestung. Am Sonntag, dem 4. Januar 1931: Wiederbeginn der Kurse.  
Der Vorstand.

**Neujahrskarten mit Buchdruckerwappen**  
In Gold und 7 Farben mit Aufdruck von Glückwunsch, Namen und Wohnort  
100 St. 4,50 M.; ohne Aufdruck 3 M.  
Verlag Buchdruckerei u. Lithographische Anstalt

**40 neue Modelle**

**Elektro-Sprechapparate**

Ohne Anzahlung  
Rate 75 San  
Liquorkatalog 3 gratis

**ZIERER & Co.**  
BERLIN, KOMMANTANTENSTR. 45

PRACHTKATALOG GRATIS

Ohne Anzahlung

**HANS MUSKAT CO**  
Berlin S-Prinzen-Str. 98/23

Rate 75 an

**Typographische Jahrbücher**  
Heft 10 bis 32 (1925) und Heft 3 bis 10 (1926). Typographische Mitteilungen, Jahrgänge 1915 bis mit 1918, und 1921 bis 1925, gebunden. Der blaue Montag nur ein Jahrg. billig zu verkaufen. Angeb. mit Preis un. Nr. 231 an die Geschäftsst. des „Korr.“

**Handwalzen Geschiffe, Negletten Maschinenbänder**  
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61.

**Geschenk- u. Festschriften Gutenbergbüßen Verbandsabzeichen**  
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

**Schriften** Einlassungen, Mittelblättern, Fußmaterial, Format u. Unterlage liefert Carl Egel, München, S. Columbusstraße 1.

**Leistliste über Fachbücher und Werkzeuge**  
kostenlos  
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Am 9. Dezember verschieb unser lieber Kollege, der Segerinvalide [280]

**Haus Wilhelm**  
aus Hohwiel i. G., im 57. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Osteozerein Delthö.

Am 7. Dezember verstarb nach langem Leiden und Krebs im Alter von 57 Jahren unser langjähriger Kollege, der Maschinensetzer [288]

**Karl Wilhelm**  
Mit ihm ist ein lieber Kollege von schätzbarem Wissen und lauterem Charakter dahingegangen.  
Wie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Maschinensetzerereinhg. im Gau Hannover, Hannoverseher Maschinensetzerereinhg.

Nach einem hartnäckigen Kitzeln verstarb am 29. September 58. Geburtstag, am 9. Dezember, unser lieber Kollege, der Segerinvalide [280]

**Philipp Bödel**  
aus Steinhau.  
Wir betrauen in dem Verstorbenen einen lieben, langjährigen Mitarbeiter, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Frankfurter Societätsdrucker, Frankfurt a. M.

Am 7. Dezember verstarb nach kurzer Krankheit der Genor unser Osterzeininmeister [282]

**Friedrich Rubin**  
aus Miedrich, im Alter von 75 Jahren. Der Verstorbene hat 68 Jahre dem Verbands die Treue gehalten.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Osteozerein Eberfeld.

Am 10. Dezember verstarb nach längerem Leiden, jedoch nur kurzen Krankenlager, unser lieber Kollege, der Maschinensetzer [283]

**W. Raubergier**  
im Alter von 64 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Osteozerein Heilsbrunn, Esching, „Gutenberg“.

Am 10. Dezember verstarb nach dreiwöchiger Krankheit (Hagenentzündung) im Alter von 21 Jahren unser lieber Kollege, der Seher [284]

**Emil Holle**  
aus Öttingen. Wie werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.  
Osteozerein Öttingen.

Verlag: Verbandsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, C. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 • Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Carl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 • Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 • Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 191, 3141-3145 • Druck: Buchdruckerei, C. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5